



**University of  
Zurich<sup>UZH</sup>**

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2012

---

**Stellungnahme: Vernehmlassungsverfahren zu den parlamentarischen  
Initiativen: 06.441 Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim  
Telefonverkauf, 07.500 Aufhebung der Bestimmungen zum  
Vorauszahlungsvertrag**

Huguenin, Claire ; Giampaolo, Davide ; Meise, Barbara

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich  
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-84900>  
Scientific Publication in Electronic Form

Originally published at:

Huguenin, Claire; Giampaolo, Davide; Meise, Barbara (2012). Stellungnahme: Vernehmlassungsverfahren zu den parlamentarischen Initiativen: 06.441 Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf, 07.500 Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag. Zürich: Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich.



Universität  
Zürich<sup>UZH</sup>

**Rechtswissenschaftliches Institut**

Universität Zürich  
**Lehrstuhl für Privat-, Wirtschafts- und Europa-  
recht**  
Rämistrasse 74/24  
CH-8001 Zürich  
Telefon +41 44 634 44 48  
Telefax +41 44 634 43 84

[www.rwi.uzh.ch/huguenin](http://www.rwi.uzh.ch/huguenin)

**Prof. Dr. Claire Huguenin**

Ordinaria

[lst.huguenin@rwi.uzh.ch](mailto:lst.huguenin@rwi.uzh.ch)

Bundesamt für Justiz  
z.H. Herrn Philipp Weber  
Bundesrain 20  
CH-3003 Bern

Zürich, 21.12.2012

**Vernehmlassungsverfahren zu den parlamentarischen Initiativen**

**06.441 Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf**  
**07.500 Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. September 2012 haben Sie die Adressaten dieser Vernehmlassung dazu aufgefordert, sich zu den beiden oben genannten parlamentarischen Initiativen zu äussern. Wir erlauben uns hiermit, im Namen der Universität Zürich, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Rämistrasse 74/24, 8001 Zürich, Stellung zu nehmen.

Wir gliedern unsere Stellungnahme wie folgt: Der **erste Teil** enthält ein *summary*. Der **zweite Teil** zeigt auf, warum die neuen Vorschriften im Obligationenrecht (OR; SR 220) bzw. im Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG; SR 241) unserer Meinung nach nicht optimal platziert sind. Als Alternative schlagen wir darum ein Konsumschutzgesetz vor. Der **dritte Teil** befasst sich mit dem Widerrufsrecht, welches das Herzstück der Normen des VE bildet.

Wir beschränken uns auf gesetzgebungstechnische Aspekte, nehmen also politisch keine Stellung zu dem Vorhaben.

## Erster Teil: *summary*

1. Die Titel der Initiativen sagen nicht, dass das Widerrufsrecht auf den Fernabsatzvertrag ausgedehnt werden soll.
2. Die neuen Vorschriften sind zum Teil fehlplatziert und zum Teil überladen.
3. Die Verteilung von *business-to-consumer*-Normen (*b2c*) auf verschiedene Gesetze (OR, UWG, KKG etc.) ist unübersichtlich.
4. Alle schweizerischen *b2c*-Normen könnten neu in einem Konsumschutzgesetz zusammengefasst werden (s. Anhang «Muster-Konsumschutzgesetz»).
5. Der Widerruf sollte nicht an den Antrag oder die Annahme des Vertrages, sondern an den Vertragsschluss angeknüpft werden.
6. Ist bereits geleistet worden, sollte der Vertrag nach einheitlichen Gesichtspunkten liquidiert werden (s. Anhang «Muster-Liquidationsnormen»).

## Zweiter Teil: Die Platzierung von Konsumrecht im Gesetz

### 1. Platzierung gemäss VE

Die neuen Bestimmungen finden sich im Allgemeinen (Haustürwiderruf und neu Fernabsatz) und im Besonderen Teil des **OR** (Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung) sowie in Spezialgesetzen wie dem **UWG** oder dem **KKG**.

### 2. Nachteile

Das **Konsumvertragsrecht** ist in der Schweiz auf die **gesamte Rechtsordnung** verteilt. Dass nach geltendem Recht zusätzliche Konsumnormen die gleichzeitige Revision mehrerer Erlasse erfordern, ist nicht neu, sondern lässt sich beobachten, seit es in der Schweiz vertragspezifisches Konsumrecht gibt, also seit der ersten Regelung in Art. 6a und 40a ff. OR.

Dies war am Anfang verkraftbar, bringt aber mittlerweile mehr und mehr Nachteile mit sich.

#### a) Missverständlicher Titel

Aus der Streuung der Konsumnormen ergibt sich die Schwierigkeit, die aktuellen Initiativen angemessen zu benennen. Ihre Titel lauten: «Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf» bzw. «Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag».

Der Leser der beiden Vorschläge meint intuitiv, der Konsument solle neu einfach besser vor Telefonverkäufen geschützt werden. Quasi im Gegenzug dazu würde der Gesetzesflut Einhalt geboten, indem die bestehenden Regeln zum Vorauszahlungsvertrag gestrichen würden.

Dies ist zwar beides zutreffend, der Entwurf enthält aber viel mehr, als die beiden Initiativtitel aussagen: Geändert wird in erster Linie das **Widerrufsrecht** (Art. 40a ff. OR). Seine Ausübungsmodalitäten werden harmonisiert und – vor allem – sein Anwendungsbereich auf einen neuen Typus der Vertragsanbahnung, den **Fernabsatzvertrag**, ausgedehnt.

Das Streichen der Normen über das Vorauszahlungsrecht ist zwar sinnvoll und überfällig, steht aber in keinem sachlichen Zusammenhang mit der Ausweitung des Widerrufsrechts auf den Fernabsatz.

## b) Fehlender Überblick

Die anschwellende **Menge** an *business-to-consumer*-Normen (*b2c*) macht es für **Konsumenten** und **Unternehmen** zunehmend schwierig, sich innert nützlicher Frist einen Überblick über die einschlägigen Gesetzesbestimmungen zu verschaffen.

Wer z.B. über ein Fernkommunikationsmittel (z.B. das Internet) einen Konsumkreditvertrag abschliessen und sich über seine Rechte und Pflichten informieren möchte, muss sowohl das KKG und die zugehörige Verordnung (VKKG), als auch das OR (z.B. Art. 40a ff. VE-OR ergänzend) und das UWG (z.B. Art. 3 Abs. 1 lit. k–n, Art. 4 lit. d UWG) konsultieren.

## c) Fehlplatzierte und überladene Normen

Der Normenkomplex der Art. 40a ff. VE-OR über die Regelung der Haustür- und Fernabsatzverträge wird neu zu einer Art «Allgemeinem Teil» für alle gesetzlich vorgesehenen Widerrufsrechte werden (vgl. Art. 40a Abs. 2 i.V.m. Art. 40i–k VE-OR). Die in Art. 3 UWG statuierten Informationspflichten über Konsumkreditverträge dagegen sind sachwidrig nicht vertragstypenübergreifend geregelt. In beiden Fällen ist die gewählte Platzierung überdies **systematisch** nicht ideal.

An den genannten Stellen im OR und im UWG entstehen so ungerechtfertigte **Verklumpungen** und **Verdichtungen** mit unterschiedlichen Regelungsintensitäten und Abstraktionsstufen.

Ein gutes Beispiel für eine solche **Wucherung** bildet Art. 3 UWG, dessen einzelne Tatbestände unterdessen von lit. a bis lit. u reichen. Das sind **20 Tatbestände**. Auch der neue Art. 40k OR soll **fünf Absätze** umfassen und obendrein eine Weiterung in Art. 402 OR enthalten. Dies steht im klaren Gegensatz zum – ungeschriebenen – Gesetzgebungsprinzip, wonach keine Norm mehr als drei Absätze aufweisen sollte, und widerspricht damit der schweizerischen Tugend, **kurze Gesetze** zu verfassen. Struktur und Kürze waren lange Zeit die Merkmale, welche Schweizer Gesetze zu Mustergesetzen gemacht haben, welche zum Teil sogar von anderen Staaten übernommen wurden (z.B. das OR von der Türkei).

Die vorgesehene Streuung von *business-to-consumer*-Bestimmungen hat die Konsequenz, dass weder Konsument noch Unternehmen ohne weiteres wissen können, wo sich die gesuchte Norm befinden könnte, ob sie überhaupt existiert und ob es allenfalls weitere wichtige Normen gibt, die es in einem gegebenen Kontext zu beachten gilt. Dazu kommt, dass das Konsum(vertrags-)recht in den letzten Jahren etappenweise an **Umfang** und **Komplexität** zugenommen hat, ohne dass dieser Prozess aber als bereits abgeschlossen betrachtet werden könnte.

Werden die konsumrelevanten Normen in ihren heutigen Gefässen belassen, so hat der Gesetzgeber die aufwändige Aufgabe, dass er bei jeder **Revision** des Konsumrechts **mehrere Gesetzgebungsakte** abändern muss. Die aktuell vorgeschlagene Revision z.B. greift in das OR ein, und zwar sowohl in seinen Allgemeinen wie auch in seinen Besonderen Teil, betrifft aber auch das UWG sowie das KKG.

Sachverständige, aber auch Laien spüren dies z.B. daran, dass sich die Neuauflagen zu den Gesetzessammlungen, wie etwa die **Gesamtausgabe zum OR/ZGB** von GAUCH/STÖCKLI, in immer kürzeren Abständen folgen. Die genannte Sammlung wurde 1912 zum ersten Mal vorgelegt und ist jetzt – 100 Jahre später – schon in der **49. Auflage** erschienen.

### 3. Zwischenfazit

Ein Hin- und Herblättern zwischen den verschiedenen Gesetzen macht es für beide Parteien, den «Konsumenten» und den «Anbieter», aufwändig, sich einen Überblick über die jeweiligen Rechte und Pflichten zu verschaffen. Dies ist weder zeitsparend noch benutzerfreundlich.

### 4. Alternative: Platzierung in einem Konsumschutzgesetz

#### a) Vorteile

Unserer Meinung nach wäre es aus all diesen Gründen vorzuziehen, **das gesamte konsumrelevante Vertragsrecht in einem Gesetz zusammenzufassen**. Diese Lösung ist nicht neu, sondern zum Teil schon gut eingespielt. Sie wurde von vielen unserer Nachbarn gewählt. Zu nennen sind hier unter anderem der französische, der italienische und der österreichische Gesetzgeber.

Ein erster Vorteil eines solchen Konsumschutzgesetzes läge in seiner **Übersichtlichkeit**: Sowohl die Konsumenten wie auch die Unternehmen könnten sich so rasch und unkompliziert über ihre Rechte und Pflichten informieren.

Zweitens würden allgemeingültige Gesetze, wie etwa das OR oder das UWG, von Normen entlastet, deren Geltungsbereich auf das *business-to-consumer*-Verhältnis beschränkt ist. Mit der vorgeschlagenen Platzierung des Widerrufsrechts in einem Konsumschutzgesetz würde der Allgemeine Teil des OR also wie bislang auf alle Rechtsgeschäfte anwendbar sein. Die **Auslagerung konsumentenvertraglicher Bestimmungen** würde ferner mindestens zum Teil davor schützen, dass Begriffe und Konzepte, welche im OR etwas anderes bedeuten als im Konsumvertragsrecht (z.B. «Fernabsatzgeschäft» und «Distanzkauf») vermengt und verwechselt würden.

Drittens verfolgen das konsumrelevante und das allgemeine Vertragsrecht unterschiedliche Ziele: Bei den geltenden Art. 40a ff. OR wie auch bei den im Vorentwurf vorgeschlagenen Bestimmungen wird von einem (Informations-)Gefälle zwischen den Parteien ausgegangen, weshalb es sich bei den entsprechenden Schutznormen praktisch durchgängig um **zwingendes Recht** handelt. Zielsetzung und Systematik des Allgemeinen Teils des OR sind dagegen vom Prinzip der Privatautonomie und der Vertragsfreiheit geprägt; das allgemeine Vertragsrecht enthält daher überwiegend **dispositive Bestimmungen**. Lagert man das Konsumrecht aus, behielte der Allgemeine Teil des OR den Status einer neutralen, kohärenten und beständigen Kodifizierung. Sowohl der **Allgemeine Teil des OR** wie auch das **Konsumschutzgesetz** könnten auf diese Weise sauber und klar strukturiert werden. Beide unterlägen ihrer je eigenen Zyklizität und beide würden auf ihre je eigene, aber gleichwohl kompatible Weise den verschiedenen Verfassungszielen Rechnung tragen.

Viertens diene ein solches Konsumschutzgesetz dazu, **künftige Gesetzesänderungen** zu erleichtern und **effizienter** zu **gestalten**. Das Konsumvertragsrecht ist ein dynamisches Rechtsgebiet, welches sich ständig weiterentwickelt. Ein Ende ist noch nicht abzusehen (z.B. digitale Inhalte). Dies zeigt sich unter anderem auch darin, dass die Art. 40a ff. OR seit ihrer Inkraftsetzung anfangs der 1990er Jahre bereits einmal geändert worden sind; mit dem vorliegenden Vorentwurf sollen sie ein zweites Mal umfassend revidiert und von sechs auf elf Bestimmungen erweitert, also fast verdoppelt werden.

## **b) Aufbau**

Ein mögliches Modell für ein solches Gesetz bestünde darin, **das Konsumvertragsrecht in einen Allgemeinen und einen Besonderen Teil zu gliedern**. Begriffe wie «Konsument» oder «Anbieter» bzw. «Unternehmer» würden dabei «vor die Klammer gezogen» und abstrakt, also für alle *business-to-consumer*-Verhältnisse gleich definiert. Auch Bestimmungen, welche für alle Konsumgeschäfte gleichermassen Geltung beanspruchen würden, könnten im allgemeinen Teil platziert werden. Im Besonderen Teil würden dagegen spezifische Regelungen für einzelne Konsumverträge, die eigene Lösungen erfordern, aufgestellt werden (Partnerschaftsvermittlung, Konsumkredit, Pauschalreise etc.).

## **c) Muster-Entwurf**

Ein Muster-Entwurf für ein Konsumschutzgesetz ist dieser Stellungnahme beigelegt. Die elektronische Version finden Sie auf unserer Website (<http://www.rwi.uzh.ch/huguenin>) aufgeschaltet. Anfangs 2013 wird dazu eine Publikation im Jusletter folgen (<http://www.weblaw.ch>). Ein kommentierter Vorschlag für einen neuen Allgemeinen Teil des Schweizerischen OR erscheint im Frühjahr 2013 beim Schulthess Verlag. Soweit Normen daraus für diese Stellungnahme relevant sind, werden sie ihr ebenfalls angefügt.

# **Dritter Teil: Das Widerrufsrecht nach dem VE**

## **1. Geltungsbereich**

### **a) Persönlicher Geltungsbereich**

Das Widerrufsrecht gilt **nur im Verhältnis zwischen Konsumenten und Anbieter** und steht überdies lediglich dem **Konsumenten** zu (Art. 40a Abs. 1 VE-OR; Art. 40d VE-OR).

Für das Fernabsatz- und das Haustürgeschäft definiert der Vorentwurf die beiden Hauptrollen wie folgt: «Als Konsument gilt jede natürliche Person, die einen Vertrag zu einem Zweck abschliesst, der für ihre persönlichen und familiären Bedürfnisse bestimmt ist» (Art. 40d Abs. 1 VE-OR). Und «[a]ls Anbieter gilt die andere, natürliche oder juristische Person, die einen Vertrag zu einem Zweck abschliesst, die ihrer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit zugerechnet werden kann» (Art. 40d Abs. 2 VE-OR).

Dazu erläutert der Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 23. August 2012 (fortan: Bericht vom 23. August 2012): «Der Vorentwurf sieht vor, den Begriff **‘Konsument’** zu verwenden. Er ist dem Begriff des **‘Kunden’**, wie er im geltenden Recht benutzt wird, vorzuzie-

hen, weil ein Kunde auch eine juristische Person» oder ein «Nicht-Endverbraucher» sein kann (S. 10). Dafür spricht, dass im KKG ebenfalls von «Konsument» die Rede ist. Diesem steht allerdings nicht ein «Anbieter», sondern eine «kreditgebende Person» bzw. die «Kreditgeberin» gegenüber (Art. 1 Abs. 1 KKG). Noch grösser ist die Abweichung zum Auftrag zur Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung, wo von «Auftraggeber» und «Beauftragtem» die Rede ist (Art. 406a ff. OR). Insofern kann nicht – wie im Bericht vom 23. August 2012 behauptet – von einer «Vereinheitlichung der Terminologie» (so Titel 3.2, S. 9) gesprochen werden, wenn es inskünftig «Konsument» statt «Kunde» (S. 10) heissen sollte.

Eine Vereinheitlichung der Terminologie ist auch nach unserer Meinung weder möglich noch anzustreben. Es scheint uns überdies auch nicht wünschenswert, natürliche oder **juristische Personen**, welche mit einem Anbieter einen für sie nicht alltäglichen oder seltenen Vertrag abschliessen, von vornherein aus dem Schutzbereich des Widerrufsrechts auszuklammern. Vielmehr sollten nach unserem Dafürhalten dem Konsumenten Personen gleichgestellt werden, welche bei der Ausübung ihrer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit einen gegenüber dieser Tätigkeit **atypischen Vertrag** abschliessen.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob der Begriff des «Konsumenten» negativ oder positiv zu definieren sei. Art. 32 Abs. 2 ZPO enthält wie der Vorentwurf eine **positive Definition**. Dagegen umschreibt die europäische Verbraucherrechterichtlinie (2011/83/EU; VRRL) den «Verbraucher» (nach schweizerischer Terminologie «Konsument») unserer Auffassung nach zu Recht **negativ** als «Person, die [...] zu Zwecken handelt, die ausserhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit liegen» (Art. 2 Ziff. 1 VRRL). Gleiches gilt für das CESL (Proposal for a Regulation on a Common European Sales Law, COM[2011] 635 final), welches den Konsumenten als «[...] *person who is acting primarily for purposes which are outside that person's trade, business, craft, or profession*» definiert (Art. 2 lit. f CESL).

Die Europäische Union (EU) erlaubt den nationalen Gesetzgebern im Übrigen, natürliche und juristische Gewerbetreibende in den Schutzbereich des Konsumrechts einzubeziehen (VRRL Erwägung 13): So kann ein einzelner Mitgliedstaat anlässlich der Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie in sein nationales Recht beschliessen, die Anwendung des Konsumrechts «auf **juristische oder natürliche Personen** auszudehnen, die keine ‘Verbraucher’ im Sinne dieser Richtlinie sind, beispielsweise **Nichtregierungsorganisationen, neu gegründete oder klein und mittlere Unternehmen**».

Für einen (partiellen) Einbezug von Unternehmen in den konsumrechtlichen Schutzbereich spricht im Übrigen die Tatsache, dass gerade bei den wichtigen *business-to-business*-Fernabsatzgeschäften (gemäss Statistik des Bundesamtes für Statistik treten Schweizer Unternehmen mit fünf und mehr Personen zu 75% als Fernabsatzkäufer und nur zu 31% als Fernabsatzverkäufer auf; vgl. Bericht vom 23. August 2012, S. 6 FN 15) die **Informationsasymmetrie** vor allem **vertriebs- und technikbedingt** ist. Das informelle Ungleichgewicht im Fernabsatz entsteht mit anderen Worten dadurch, dass der Vertragspartner infolge der Verwendung von Fernkommunikationstechniken keine Möglichkeit hat, die Sache vor Vertragsabschluss zu sehen bzw. die Eigenschaften der angebotenen Dienstleistung zur unmittelbaren Kenntnis zu nehmen; dieser Nachteil trifft sowohl den Konsumenten wie auch den Unterneh-

mer. Auch ein Unternehmen kann die Werthaltigkeit einer Leistung falsch einschätzen (z.B. bei Branchenverzeichnissen).

Bei Konsumenten kommen **Lust- und Frustkäufe** hinzu.

Aus all diesen Gründen erscheint uns der Schritt vom «**Kunden**» zum «**Konsumenten**» als **nicht angezeigt**. Die Gemeinsamkeiten überwiegen: In der Regel sind die Endabnehmer natürliche Personen, die in den einzelnen Entscheid gegenüber dem spezialisierten Verkäufer zu wenig Zeit und *Knowhow* investieren können. Die Raffinesse von Verkaufsmethoden (gläserner Kunde etc.) macht in typisiert risikoreichen Geschäftssituationen auch vor der Nachfrage durch Unternehmen als Käufer nicht Halt. Das gilt im Übrigen nicht nur für Käufe, sondern vor allem auch für Dienstleistungen, etwa Finanzdienstleistungen.

## **b) Sachlicher Geltungsbereich**

Die Ausweitung des sachlichen Geltungsbereichs geht mit einer Erweiterung, wenn nicht gar einer **Verschiebung von Ziel und Zweck der Regelung** einher.

Das Widerrufsrecht soll neben dem Haustürgeschäft, dem Auftrag zur Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung sowie dem Konsumkreditvertrag neu auch das **Fernabsatzgeschäft** umfassen (Art. 40a Abs. 1 VE-OR). Beim **Fernabsatzgeschäft** und beim **Haustürgeschäft** bildet der Erwerb einer beweglichen Sache oder einer Dienstleistung den Inhalt des Vertrages (vgl. Art. 40a Abs. 1 VE-OR). Beim **Auftrag zur Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung** geht es um die Vermittlung einer Ehe bzw. einer festen Partnerschaft (Art. 406a Abs. 1 OR). Der **Konsumkreditvertrag** beinhaltet einen Kredit in Form eines Zahlungsaufschubs, eines Darlehens oder einer ähnlichen Finanzierungshilfe, z.B. auch für das Leasing einer beweglichen Sache oder auch als Kreditoption im Rahmen einer Kredit- oder Kundenkarte sowie eines Überziehungskredits (Art. 1 KKG).

**Pauschalreisen** – obwohl klassische Konsumverträge – sollen dagegen vom Widerrufsrecht nur erfasst werden, wenn sie (neu) per Fernabsatz oder ausserhalb der Geschäftsräume abgeschlossen werden.

Obwohl den drei bereits bestehenden Verträgen, welche schon nach geltendem Recht widerrufbar sind, nur ein neuer Vertragstypus – das «Fernabsatzgeschäft» – hinzugefügt werden soll, ist damit quantitativ eine beträchtliche **Ausweitung der Widerrufsmöglichkeit** verbunden. Während der Verkauf an der Haustüre eher ein Auslaufmodell ist, benutzen in der Schweiz bereits heute 47% der Erwachsenen das Internet für den Kauf bzw. für die Bestellung von Waren und Dienstleistungen. Damit liegt unser Land weit über dem europäischen Mittel von 31%. Bei Unternehmen ab fünf Personen sind es für den Internet-Verkauf 31% und für den Internet-Kauf gar 75% (vgl. Bericht vom 23. August 2012, S. 6 FN 15).

Als **Fernabsatzgeschäft** (*distance contract*) soll ein Vertrag gelten, welchen der Anbieter erstens im Rahmen eines eigens dafür (z.B. auch über eine drittorganisierte online-Plattform) organisierten **Vertriebs- bzw. Dienstleistungssystem** abschliesst, wobei er zweitens (bis einschliesslich zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses) ein oder mehrere **Fernkommunikationsmittel** (z.B. Post, Internet, Telefon, Fax) verwendet und der Vertrag drittens **ohne gleich-**



**zeitige körperliche Anwesenheit der Vertragsparteien** abgeschlossen wird (vgl. Art. 40c VE-OR; Erwägung 20 zur VRRL; Art. 2 lit. p CESL).

Da in der Schweiz die Begriffe «Fern-» bzw. «Distanz-» bereits belegt sind, wäre nach unserem Dafürhalten der Ausdruck «**Fernkommunikationsvertrag**» vorzuziehen. Tatsächlich geht es ja hier – wie übrigens auch beim Haustürgeschäft – nicht darum, ob die Ware versendet werden muss, sondern unter welchen Rahmenbedingungen der Vertrag abgeschlossen wurde. Insofern stellt der Fernabsatz eine qualifizierte Form des Distanz- oder Fernverkaufs dar.

Als **Haustürgeschäft** soll jedes ausserhalb von den Geschäftsräumen der Anbieterin abgeschlossene Geschäft gelten (*off premises contract*; vgl. Art. 40b VE-OR, Erwägung 21 zur VRRL; Art. 2 lit. q CESL). Gleichwohl wird dieser Vertrag nach wie vor zu Unrecht *pars pro toto* als «Haustürgeschäft» bezeichnet. Wesentlich ist indessen nicht die Haustüre des Konsumenten, sondern dass der Anbieter sein Angebot **ausserhalb seiner Geschäftsräume** macht. Es ist schade, dass hier um der bisherigen Begrifflichkeit willen auf eine Angleichung an die Terminologie des europäischen Rechts verzichtet werden soll, obwohl doch in der Sache genau diese Angleichung vorgenommen wird.

Eine **Zwischenlösung** wäre, von «**Haustürverträgen und Geschäften ausserhalb des Geschäftsbetriebs**» zu sprechen. Dies hätte den Vorteil, dass Art. 40b Abs. 1 VE-OR die nachfolgenden lit. a–c auch wirklich abdecken würde. Dies ist umso wichtiger, als für das Haustürgeschäft ja im Gegensatz zum Fernvertrieb keine qualifizierenden Merkmale, wie etwa eine bestimmte Vertriebsorganisation, verlangt wird. Das Haustürgeschäft wird damit zur *fall-back*-Kategorie: Es liegen zwar nicht alle Merkmale des Fernvertriebs vor, aber es kann immerhin gezeigt werden, dass das Angebot ausserhalb der Geschäftsräume der Anbieterin erfolgte.

Bei den Fernabsatz- und den Haustürgeschäften sollen nur «**bewegliche Sachen oder Dienstleistungen**» eingeschlossen sein (Art. 40a Abs. 1 VE-OR). In Anlehnung an die VRRL (vgl. Erwägungen 3 ff.) wäre hier wegen der notwendigen Abkoppelung vom Sachenrecht und des gleichfalls notwendigen Einschlusses digitaler Inhalte der Begriff «**Waren**» als Pendant zu den **Dienstleistungen** angezeigt. Überdies wäre der disjunktiven Konjunktion «oder» die kopulative Konjunktion «**und**» vorzuziehen, weil Sach-/Waren- und Dienstleistungen auch gemischt sein können. Immobilien könnten alsdann bei den ausführlichen Ausnahmekatalogen aufgeführt werden.

Diese **Regelungstechnik** ermöglichte es, den Grundtatbestand (Geltungsbereich) weit zu fassen und den erforderlichen Feinschliff über die Ausnahmen vorzunehmen, was im Übrigen auch eine spätere Anpassung erleichtern würde. Umgekehrt sollte sich der weite Geltungsbereich nicht über die Ausnahmen erschliessen: So ist für den Konsumenten nicht ohne weiteres ersichtlich, dass digitale Inhalte, die nicht auf einem festen Datenträger zur Verfügung gestellt werden – und damit nicht unter den juristischen Sachbegriff fallen, ebenfalls eingeschlossen sind, sofern der Vertrag nicht sofort vollständig zu erfüllen ist (Art. 40h und 40i Abs. 2 VE-OR).

Mit der Erweiterung des sachlichen Geltungsbereichs geht eine **neue Legitimation** einher: vom Überrumpelungsschutz zum **Cooling-off**. Der Anbieter will einfach nur verkaufen, sein Gegenüber möchte zwar, dass es schnell geht, aber trotzdem gern auch noch überlegen (besonders beim Fernkauf, wo das Gut beim Abschluss nicht physisch greifbar ist). Wird aber der Widerruf nicht mehr mit der Unlauterkeit des Angebots begründet, ist es nur folgerichtig, die entsprechenden Normen aus dem UWG zu entfernen.

### c) Zwischenfazit

**Haustür- und Fernabsatzverträge** über Sach-/Waren- und Dienstleistungen sollen im *business-to-consumer*-Bereich (als Konsumvertrag unter allfälligem Einschluss kleiner Unternehmen und NGOs) widerrufen werden können. Ebenfalls dem **Widerrufsrecht** unterstehen Konsumkreditverträge und Ehe- oder Partnerschaftsvermittlungsverträge. Pauschalreisen – obwohl klassische Konsumverträge – sollen hingegen gemäss VE nur widerrufbar sein, wenn sie per Fernabsatz oder ausserhalb der Geschäftsräume abgeschlossen werden.

Dies bedeutet, dass unter den Konsumverträgen die „gefährlichsten“ Verträge offenbar die **Konsumkredit- und die Partnerschaftsvermittlungsverträge** sind, weil sie unabhängig von der Art der Anbahnung widerrufen werden können. Dagegen soll der **Pauschalreisevertrag**, obwohl im Pauschalreisegesetz (SR 944.3) besonders geregelt, neu via Art. 40a ff. OR widerrufen werden können, wenn er per Fernabsatz abgeschlossen wird (der Widerruf des an der Haustüre abgeschlossenen Pauschalreisevertrags ist theoretisch schon jetzt möglich).

Mit anderen Worten kann nach dem VE ein Vertrag also nicht bereits widerrufen werden, wenn es sich bei ihm um einen **Konsumvertrag** handelt, sondern das Gesetz muss jeweils **explizit** ein Widerrufsrecht einräumen. Dieses besteht sowohl in Fällen einer bestimmten Anbahnung wie auch bei besonders gefährdenden Inhalten (Finanzhilfe oder Vermittlung eines Partners).

Dieser **Doppelansatz** erscheint uns in seiner Logik **nicht ganz einleuchtend** zu sein.

## 2. Ausgestaltung

Neu soll der Konsument, sofern ihm der Gesetzgeber ausdrücklich ein Widerrufsrecht einräumt, «seinen **Antrag zum Vertragsschluss** oder **seine Annahmeerklärung**» (Art. 40a Abs. 1 VE-OR) während **14** (statt wie bisher nur während 7) Tagen (Art. 40i Abs. 1 VE-OR) widerrufen dürfen. Als rechtspolitische Frage steht die Verdoppelung dieser Frist hier nicht zur Diskussion. Gesetzgeberisch gut daran ist, dass sie national eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Fristen bringt und mit der Frist im europäischen Raum übereinstimmt.

Wohl ein Versehen ist, dass der Gesetzgeber für den Widerruf im Rahmen der Ehe- und Partnerschaftsvermittlung andere Worte gewählt hat als für die beiden anderen Anwendungsfälle des Widerrufsrechts: Nach Art. 406e VE-OR kann der Auftraggeber «**seine Vertragserklärung**» widerrufen. Nach Art. 16 VE-KKG dagegen darf – wie bei Art. 40a Abs. 1 VE-OR – der «**Antrag zum Vertragsschluss** oder die **Annahmeerklärung**» widerrufen werden.

Sodann – und das ist der **Hauptkritikpunkt** unserer Stellungnahme – fragt sich, ob es sachgemäss ist, mit dem **Widerrufsrecht** bei **Antrag und Annahme**, statt beim **Vertrag** anzusetzen.

Unsere Gründe für ein Anknüpfen des Widerrufs an den **Vertrag** sind die folgenden: In der Regel wird die Gegenseite ihre Zustimmung im Moment des Widerrufs bereits gegeben haben. Somit liegt ein Konsens im Sinne von Art. 1 OR vor, wie das auch bei anderen Verträgen der Fall ist, die mit Entstehungsmängeln behaftet sind: Auch ein rechtswidriger oder von einem Willensmangel betroffener Vertrag beruht in der Regel auf Konsens.

Liegt einmal **Konsens** vor, greift man nicht mehr auf Antrag und Annahme zurück. Oft ist es auch gar nicht möglich, das Vertragsganze rückwirkend in seine Bestandteile zu zerlegen. Die beiden Begriffe «Antrag» und «Annahme» machen jedenfalls nur solange Sinn, als es noch nicht zum Vertragsabschluss gekommen ist. Kurzum: Indem der Gesetzgeber auf der Ebene von Antrag und Annahme ansetzt, gliedert er den Widerrufsfall ohne hinreichenden Grund aus dem logischen **Verbund der Entstehungsmängel** aus.

Dies zeigt sich auch daran, dass aus dem Widerruf nicht die **Ungültigkeit** des Vertrages, sondern die **Unwirksamkeit** von Antrag oder Annahme folgen soll. Für diese **Sonderbehandlung** gibt es **keine sachlichen Gründe**.

Nicht nur in der Schweiz ist die Ungültigkeit die übliche, gut eingespielte und auch sachlich zutreffende Folge eines Entstehungsmangels, sondern auch auf europäischer Ebene betrifft der Widerruf nicht Antrag oder Annahme, sondern den Vertrag (so z.B. Art. 9 Ziff. 1 VRRL).

### 3. Folgen der Ausübung

#### a) Beendigung des Vertrages

Der Widerruf **beendet** den Vertrag. Weil der Widerruf zu einem **anfänglichen Vertragsmangel** führt, ist der Vertrag ungültig (vgl. vorn Ziff. 2 des dritten Teils).

Dies bedeutet, dass **keine Leistungen mehr erbracht werden** müssen bzw. **bereits erfolgte Leistungen zu retournieren** sind.

#### b) Rückabwicklung der Leistungen

Der neueren Rechtsprechung und Lehre zufolge sind **ungültige und beendete Verträge** nicht ausservertraglich, sondern **vertraglich abzuwickeln**. Zwar haben die Verfasser des Entwurfs darin Recht, dass gerade bezüglich des Widerrufsrechts bislang Uneinigkeit herrschte (vgl. BGE 137 III 243 E. 4.3). Einig war man sich jedoch darin, dass ein **Gesetzgebungsakt** hier die notwendige **Klarheit** zu schaffen vermöchte (STEFAN HARTMANN, Die Rückabwicklung von Schuldverträgen, Habil. Luzern, Zürich 2005, N 937 ff.).

Die Gelegenheit zur Klärung und Vereinfachung ist nun leider gerade nicht ergriffen worden. **Im Gegenteil:** Durch die Schaffung der Unwirksamkeit von **Antrag** oder **Annahme** (Art. 40k Abs. 1 VE-OR) wird die **Liquidation** eines bereits ganz oder zum Teil erfüllten, aber widerrufenen Vertrages unnötig **verkompliziert**. Dies ist umso gravierender, als hier ohne triftigen Grund ein **Unterschied zur VRRL** in Kauf genommen wird. Nach Art. 9 Ziff. 1 VRRL «steht dem Verbraucher eine Frist von 14 Tagen zu, in der er einen Fernabsatz- oder einen ausserhalb von Geschäftsräumen geschlossenen **Vertrag** [Hervorhebung durch die Verfasser] ohne Angabe von Gründen [...] widerrufen kann».

Sind gestützt auf den vermeintlich gültigen Vertrag bereits **Leistungen erbracht** worden, sind diese mittels der «Liquidationsregeln» definitiv der einen oder der anderen Partei **zuzuweisen**. In der Regel, aber nicht notwendigerweise, ist damit die Wiederherstellung des vorvertraglichen Zustandes verbunden.

Ausgehend von einem (für sämtliche Vertragsbeendigungskonstellationen) verallgemeinerten, einheitlichen Abwicklungskonzept (vgl. die «Muster-Liquidationsnormen» im Anhang) erfolgt die **Rückerstattung** grundsätzlich *in natura*.

Ist dies unmöglich (z.B. bei Dienstleistungen oder bei Untergang der Sachleistung) oder unangemessen (z.B. wenn die *in natura*-Rückerstattung einen unverhältnismässig hohen Aufwand verursachen würde), ist **Wertersatz** geschuldet (Art. w der «Muster-Liquidationsnormen»).

Der Wertersatz wird dabei am zutreffendsten nach dem Willen der Parteien im Zeitpunkt des Vertrages, also **subjektiv**, bestimmt. Nur wenn gerade die Wertbemessung der Leistung den Grund für die Liquidation bildete (z.B. bei Übervorteilung), ist der Wertersatz **objektiv**, also nach dem Marktwert für eine vergleichbare Leistung, zu bestimmen. War die Leistung ausserdem mangelhaft, ist der Wertersatz proportional herabzusetzen (Art. x der «Muster-Liquidationsnormen»).

Von diesen allgemeinen Rückabwicklungsregeln kann der Gesetzgeber abweichen, indem er – zur Privilegierung oder Sanktionierung eines bestimmten (vor-)vertraglichen Verhaltens einer Vertragspartei – mit **Schadenersatzpflichten** oder **Haftungs- bzw. Rückleistungsbegrenzungen** operiert.

Der Vorentwurf sieht vor, dass für den Gebrauch einer **Sachleistung** die zur Rückerstattung *in natura* verpflichtete Partei der anderen eine **angemessene Entschädigung** schuldet: «Hat der Konsument eine Sache bereits gebraucht, so schuldet er dem Anbieter ein angemessenes Entgelt» (Art. 40k Abs. 3 VE-OR; vgl. auch Art. y Abs. 1 der «Muster-Liquidationsnormen»). Im Gegenzug sollte der Konsument vom Anbieter allerdings auch **Ersatz der Aufwendungen** verlangen können, die für die Erhaltung der zurückzuerstattenden Leistung notwendig oder nützlich waren (vgl. Art. y Abs. 3 der «Muster-Liquidationsnormen»). Der Vorentwurf enthält unserer Meinung nach zu Unrecht keine entsprechende Regel.

Im Sinn einer den Konsumenten privilegierenden (Spezial-)Bestimmung sieht Art. 40k Abs. 3 Satz 2 vor, dass bei Verschlechterung oder gar Untergang der Sache eine Entschädigung nur geschuldet ist, wenn der Konsument die Sache in einer Art und Weise genutzt hat, die über die Prüfung der Eigenschaften und der Funktionsweise hinausgeht (und der Konsument gehörig über das Widerrufsrecht informiert wurde; vgl. Bericht vom 23. August 2012, S. 23). Damit sich die Ausübung des Widerrufsrechts nicht als prohibitiv erweist, wird mit anderen Worten das **Risiko** für zufällige – und auch für verschuldete, sofern der Konsument nicht über das Widerrufsrecht informiert wurde – **Wertveränderungen** dem **Anbieter** auferlegt.

Ausserdem ordnet Art. 40k Abs. 2 Satz 2 VE-OR an, dass der **Konsument** in der Regel die **Kosten** für die «**Rücksendung der Sache**» tragen soll.

Hat der Anbieter im Zeitpunkt des Widerrufs bereits **Dienstleistungen** erbracht, muss der **Konsument** ihm **Auslagen und Verwendungen** ersetzen. Diese Bestimmung ist im Zusammenhang mit Art. 40k Abs. 2 VE-OR zu lesen, wonach bereits erhaltene Leistungen, also z.B. das bereits für die Dienstleistung geleistete **Entgelt**, vom **Anbieter zurückzuerstatten** ist. Statt die Dienstleistung wie im Vertrag vereinbart zu bezahlen (entweder ist das Entgelt nicht mehr geschuldet oder es wird erstattet; falls noch nicht bezahlt wurde, ist das Entgelt für die Dienstleistung nicht mehr geschuldet; falls schon bezahlt wurde, ist es vom Anbieter zurück zu bezahlen), schuldet der Konsument lediglich Auslagen- und Verwendungsersatz.

Diese Lösung führt unserer Auffassung nach zu Unrecht zu einer **ungleichen Behandlung** von **Leistung und Gegenleistung** und steht überdies in einem Widerspruch zum Prinzip, wonach beide, also sowohl die Sach- wie auch die Geldleistung, zu retournieren sind. Im Gegensatz zur Sachleistung wird die erbrachte Dienstleistung nach dem Entwurf somit nicht in Wertersatz umgerechnet, sondern es müssen dem Anbieter – unabhängig davon, ob die Dienstleistung beansprucht wurde oder nicht – lediglich Auslagen und Verwendungen ersetzt werden.

Hinzu kommt, dass die vorgeschlagene **Liquidationsnorm** über widerrufene Dienstleistungsverträge (Art. 40k Abs. 4 VE-OR) unserer Meinung nach **überdifferenziert** ist und nur ungenügend mit dem **Ausnahmenkatalog** (Art. 40g VE-OR) abgestimmt wurde. Der Ausnahmetatbestand von Art. 40g Abs. 1 VE-OR sieht vor, dass der Konsument kein Widerrufsrecht hat, «wenn der Vertrag eine Dienstleistung zum Gegenstand hat und der Vertrag vom Anbieter mit der vorgängigen ausdrücklichen Zustimmung des Konsumenten vollständig zu erfüllen ist, bevor die Widerrufsfrist abgelaufen ist». Die Regelung erscheint uns mit Hinblick auf Ziel und Zweck der neuen Normen als **unlogisch**: Anknüpfungspunkt für die Rechtfertigung des Widerrufsrechts im Fernabsatz ist die potentiell gefährliche Art der **Vertragsanbahnung** und nicht der vereinbarte Vertragsinhalt (Bedürfnis nach einer *Cooling-off* Periode; vgl. Bericht vom 23. August 2012, S. 6). Die Gefahr eines übereilten Vertragsschlusses besteht mit anderen Worten bei Dienst- und Sachleistungen gleichermassen.

Dass bei **Fernabsatzverträgen über Dienstleistungen** die Möglichkeit besteht, bei Vertragsschluss auf das Widerrufsrecht zu **«verzichten»** («vorgängige ausdrückliche Zustimmung des Konsumenten» in der Vertragserfüllung vor Ablauf der Widerrufsfrist), steht im Widerspruch zur *cooling off*-Funktion des Widerrufsrechts. Darüber hinaus privilegiert die Bestimmung in fragwürdiger Weise jenen Anbieter, der «gerade noch» vor Ablauf der Widerrufsfrist leistet, gegenüber demjenigen, welcher «nur» mit der Leistungserbringung begonnen, aber noch nicht «vollständig» erfüllt hat.

Die vorgeschlagene Regelung weist zudem **Wertungswidersprüche** gegenüber den Abwicklungsnormen bei Sachleistungen auf: Während bei Dienstleistungsverträgen eine vorgängige «Zustimmung» des Konsumenten bei Vertragsabschluss genügt, um das Widerrufsrecht verwirken zu lassen (Art. 40g Abs. 1 VE-OR), bleibt bei Sachleistungsverträgen – entgegen Art. 2 ZGB (Gebot von Treu und Glauben) – das Widerrufsrecht selbst dann bestehen, wenn der Konsument die Sache bereits gebraucht hat (vgl. Art. 40k Abs. 3 VE-OR).

Der Gesetzgeber hat hier offenbar nicht gesehen, dass es sich **mit der Dienstleistung wie mit einer Sachleistung verhält**, die nicht *in natura* zurückgegeben werden kann. Ist dies der Fall, ist nach der hier vertretenen Meinung wie gesagt in beiden Fällen **Wertersatz** (für die nicht

mehr vorhandene Sachleistung bzw. für die bezogene Dienstleistung) zu leisten. Dieser bemisst sich grundsätzlich subjektiv, also nach Massgabe des Vertrages.

Nur wenn das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung gegen die Schranken des Rechts verstösst (z.B. gegen Art. 21 OR), hat eine Neuberechnung des verhandelten Preises bzw. Entgelts zu erfolgen (**Objektivierung**). Alsdann kann mittels Spezialbestimmungen (z.B. **Schadenersatzpflichten**) konsumspezifischen Interessen Rechnung getragen werden. Beispiel: Wird ein Dienstleistungsvertrag bereits vor Ablauf der Widerrufsfrist von beiden Parteien vollständig erfüllt, begründet ein nachfolgender Widerruf einen Anspruch des Konsumenten auf Rückerstattung des bezahlten Entgelts sowie einen Anspruch des Anbieters auf Wertersatz für die erbrachte Dienstleistung. Hat aber der Anbieter beispielsweise die Informationspflicht über das Widerrufsrecht verletzt, könnte der Konsument zusätzlich einen Ersatzanspruch geltend machen, sofern ihm ein Schaden entstanden ist. Dadurch könnten die Abwicklungsregeln kohärent und interessengerecht ausgestaltet und unsachliche Überdifferenzierungen vermieden werden.

Schliesslich hat der Gesetzgeber ohne guten Grund den **Zeitpunkt**, auf welchen hin die **Rückerstattung** zu erfolgen hat, auf den Zeitpunkt **der widerrufenen Erklärung** gelegt. Da er die Ungültigkeit nicht an den Vertragsschluss, sondern an Antrag oder Annahme knüpft, hat er, wohl ungewollt, eine zusätzliche **Verkomplizierung** geschaffen. Der Zeitpunkt, auf welchen hin liquidiert werden muss, ist danach nämlich nicht zwingend der Vertragsschluss. Wenn z.B. der Konsument ein Angebot abgegeben hat, welches vom Unternehmen erst einen Monat später angenommen wurde, liegt der Liquidationszeitpunkt einen Monat vor dem Vertragsschluss. Folgerichtig muss er dann aber auch den vorvertraglichen Bereich erfassen.

Eine Unterscheidung zwischen Sach- und Geldleistung könnte sich allenfalls als sinnvoll erweisen, wenn nicht rückwirkend auf den Zeitpunkt des Vertragsschlusses abgewickelt wird. So ist z.B. bei **Dauerverträgen** eine Rückabwicklung auf jenen Zeitpunkt oft mit praktischen Schwierigkeiten verbunden, unzweckmässig oder gar unmöglich. Dafür hat der Gesetzgeber indessen gar keinen Raum geschaffen, weil er den Zeitpunkt der «Unwirksamkeit» fix an die vom Konsumenten abgegebene Willenserklärung – handle es sich dabei um die Offerte oder das Akzept – gekoppelt hat. Mindestens in jenen Fällen, in welchen der Ablauf nicht mehr rekonstruierbar ist, wird man den Vertragsschluss als Liquidationsreferenzzeitpunkt einsetzen müssen. Bei ganz oder teilweise erfüllten Konsumdauerverträgen wird die Abwicklung dagegen in der Regel mit Vorteil **nicht rückwirkend** erfolgen.

Spezifisch konsumentenrechtlich ist die Regel, dass den Konsumenten **keine Ersatzpflicht** treffen soll: «Der Konsument schuldet dem Anbieter keine weitere Entschädigung» (Art. 40k Abs. 5 VE-OR). So muss er das Unternehmen z.B. nicht für die Aufwendungen entschädigen, die dieses im Hinblick auf den Vertragsschluss getätigt hat. Diese Regel entspricht der bisherigen Rechtslage im Konsumentenrecht (Art. 15 f. KKG, Art. 40f Abs. 4 OR und dem EU-Recht). Obwohl nicht ganz einsichtig ist, warum man sein Gegenüber nicht **für nutzlose Aufwendungen** entschädigen soll, besteht offenbar die allgemeine Meinung darin, dass eine solche Entschädigungspflicht die Ausübung des Widerrufsrechts verunmöglichen könnte.

Auf der anderen Seite muss man aber auch sehen, dass die Unternehmen die Kosten des Widerrufsrechts auf den Preis des Guts schlagen. Tragen müssen diese alle Konsumenten, also

auch diejenigen, die das Widerrufsrecht nicht ausüben. Die Frage, wem die **Kosten des Widerrufsrechts** zugewiesen werden, ist aber letztlich eine politische Frage und darum nicht Gegenstand dieser Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Claire Huguenin  
Davide Giampaolo  
Barbara Meise

Anhang 1: «Muster-Konsumschutzgesetz»

Anhang 2: «Muster Liquidationsnormen»

## **Anhang 1**

### **«Muster-Konsumschutzgesetz»**



# «Muster-Konsumschutzgesetz»<sup>\*</sup>

## ALLGEMEINER TEIL

### Erste Abteilung: Allgemeine Bestimmungen

#### Art. 1

<sup>1</sup> Dieses Gesetz ist anwendbar auf Konsumverträge (Art. 2).

<sup>2</sup> Es ist zudem anwendbar, wenn dies ausdrücklich vorgesehen wird.

### Erster Abschnitt: Anwendbarkeit

<sup>3</sup> Die besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes gehen den allgemeinen Bestimmungen vor.

<sup>4</sup> Von den Bestimmungen dieses Gesetzes kann zuungunsten des Konsumenten nur abgewichen werden, wenn dies ausdrücklich vorgesehen wird.

### Zweiter Abschnitt: Konsumverträge

#### Art. 2

Als Konsumvertrag gilt ein entgeltliches Rechtsgeschäft über Leistungen zwischen einem Anbieter und einem Konsumenten.

#### A. Begriffe

##### I. Konsumvertrag

##### II. Konsument, Anbieter

#### Art. 3

<sup>1</sup> Eine Konsumentin, ein Konsument ist eine natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die ausserhalb ihrer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit liegen.

<sup>2</sup> Eine Anbieterin, ein Anbieter ist jede natürliche oder juristische Person, die eine Leistung im Rahmen ihrer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit erbringt.

#### B. Pflichten und Rechte

#### Art. 4

##### I. Informationspflicht

<sup>1</sup> Der Anbieter hat den Konsumenten klar und verständlich über wesentliche Aspekte des Vertrages zu informieren, insbesondere

- a. über den Vertragspartner,
- b. über die charakteristischen Bestandteile des Vertrages,
- c. über die Zahlungs-, Liefer- und Leistungsbedingungen,
- d. gegebenenfalls über die Laufzeit des Vertrags oder die Bedingungen der Kündigung unbefristeter Verträge,
- e. gegebenenfalls über einseitige Vertragsänderungsrechte,
- f. gegebenenfalls über ein dem Konsumenten nach diesem Gesetz zustehendes Widerrufsrecht, über Form und Frist des Widerrufs sowie über seine Identität und die Adresse, an die der Widerruf zu richten ist.

<sup>2</sup> Der Anbieter hat dem Konsumenten die Informationen leicht, unmittelbar und ständig verfügbar zu machen.

<sup>3</sup> Der Anbieter trägt die Beweislast dafür, dass die Informationen in der vorgeschriebenen Weise erfolgt sind.

---

<sup>\*</sup> Der vorliegende Vorschlag für ein Konsumschutzgesetz ist anlässlich des von Claire Huguenin am 10. Mai 2011 an der Universität Freiburg i.Ue. gehaltenen Vortrages «Der schweizerische Konsumentenschutz im europäischen Umfeld: Wo stehen wir heute?», in Zusammenarbeit mit Davide Giampaolo und Simon Bachmann, ausgearbeitet worden.

II. Widerrufsrecht	<b>Art. 5</b>
1. Grundsatz	Der Konsument kann den Vertrag widerrufen, wenn ihm nach diesem Gesetz ein Widerrufsrecht zusteht.
2. Modalitäten	<b>Art. 6</b>
a. Frist	<sup>1</sup> Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage. <sup>2</sup> Die Frist beginnt mit dem Abschluss des Vertrages zu laufen, nicht aber bevor der Konsument von den Informationen nach Art. 4 Abs. 1 lit. f Kenntnis erhalten hat oder Kenntnis hätte erhalten können. <sup>3</sup> Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung dem Anbieter spätestens am letzten Tag der Frist gesendet wird. <sup>4</sup> Die Widerrufsfrist endet in jedem Fall mit Ablauf eines Jahres seit Vertragsschluss.
b. Form und Beweis	<b>Art. 7</b>
	<sup>1</sup> Der Konsument hat dem Anbieter den Widerruf in Textform zu erklären. <sup>2</sup> Der Beweis des Widerrufs obliegt dem Konsumenten. <sup>3</sup> Der Beweis des Zeitpunkts, zu dem der Konsument von den Informationen nach Art. 4 Abs. 1 lit. f Kenntnis erhalten hat oder Kenntnis hätte erhalten können, obliegt dem Anbieter.
3. Folgen	<b>Art. 8</b>
	Die Folgen des Widerrufs richten sich nach den Bestimmungen über die Liquidation von Verträgen. Den Konsumenten trifft dabei keine über die Rückerstattung der empfangenen Leistung oder deren Gegenwert hinausgehende Entschädigungspflicht.

## BESONDERER TEIL

<b>Zweite Abteilung: Besondere Bestimmungen</b>	<b>Art. 9</b>
<b>Erster Abschnitt: Fernabsatzverträge</b>	Als Fernabsatzverträge gelten Rechtsgeschäfte über den Erwerb von Leistungen, die ohne gleichzeitige körperliche Anwesenheit der Vertragsparteien oder ihrer Vertreter abgeschlossen werden und bei denen der Anbieter im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebssystems ein oder mehrere Fernkommunikationsmittel verwendet.
<b>A. Begriff</b>	
<b>B. Widerrufsrecht</b>	<b>Art. 10</b>
	<sup>1</sup> Bei Fernabsatzverträgen steht dem Konsumenten ein Widerrufsrecht zu. <sup>2</sup> Das Widerrufsrecht gilt nicht beim Erwerb von Rechten, beim Erwerb von verderblichen Gütern, beim Erwerb von Gütern des täglichen Gebrauchs, beim Erwerb von unbeweglichen Sachen sowie,

vorbehältlich der Bestimmungen über Konsumkreditverträge, bei Finanzgeschäften.

<sup>3</sup> Bezüglich der Modalitäten und Folgen des Widerrufs gelten die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes.

**Zweiter Abschnitt:  
Haustürverträge und  
Geschäfte ausserhalb  
des Geschäftsbetriebs**

**Art. 11**

Als Haustürverträge und Geschäfte ausserhalb des Geschäftsbetriebs gelten Rechtsgeschäfte über den Erwerb von Leistungen, bei denen dem Konsumenten das Angebot gemacht wird:

**A. Begriff**

- a. am Arbeitsplatz, in Wohnräumen oder in deren unmittelbaren Umgebung;
- b. in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf öffentlichen Strassen und Plätzen;
- c. an einer Werbeveranstaltung, die mit einer Ausflugsfahrt oder einem ähnlichen Anlass verbunden ist.

**B. Widerrufsrecht**

**Art. 12**

**I. Grundsatz**

<sup>1</sup> Bei Haustürverträgen und Geschäften ausserhalb des Geschäftsbetriebs steht dem Konsumenten ein Widerrufsrecht zu.

<sup>2</sup> Bezüglich der Modalitäten und Folgen des Widerrufs gelten die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes.

**II. Ausnahmen**

**Art. 13**

<sup>1</sup> Der Konsument hat kein Widerrufsrecht, wenn er die Vertragsverhandlungen ausdrücklich gewünscht hat.

<sup>2</sup> Der entsprechende Nachweis obliegt dem Anbieter.

**Dritter Abschnitt:  
Konsumkreditverträge**

**Art. 14**

<sup>1</sup> Der Konsumkreditvertrag ist ein Vertrag, durch den eine kreditgebende Person (Kreditgeberin) einer Konsumentin oder einem Konsumenten einen Kredit in Form eines Zahlungsaufschubs, eines Darlehens oder einer ähnlichen Finanzierungshilfe gewährt oder zu gewähren verspricht.

**A. Begriffe**

**I. Konsumkreditvertrag**

<sup>2</sup> Als Konsumkreditverträge gelten auch:

- a. Leasingverträge über bewegliche, dem privaten Gebrauch des Leasingnehmers dienende Sachen, die vorsehen, dass die vereinbarten Leasingraten erhöht werden, falls der Leasingvertrag vorzeitig aufgelöst wird;
- b. Kredit- und Kundenkarten sowie Überziehungskredite, wenn sie mit einer Kreditoption verbunden sind; als Kreditoption gilt die Möglichkeit, den Saldo einer Kredit- oder Kundenkarte in Raten zu begleichen.

**II. Kreditgeberin**

**Art. 15**

Als Kreditgeberin gilt jede natürliche oder juristische Person, die gewerbmässig Konsumkredite gewährt.

III. Kreditvermittlerin	<p><b>Art. 16</b></p> <p>Als Kreditvermittlerin gilt jede natürliche oder juristische Person, die gewerbsmässig Konsumkreditverträge vermittelt.</p>
IV. Gesamtkosten des Kredits für die Konsumentin oder den Konsumenten	<p><b>Art. 17</b></p> <p>Als Gesamtkosten des Kredits für die Konsumentin oder den Konsumenten gelten sämtliche Kosten, einschliesslich der Zinsen und sonstigen Kosten, welche die Konsumentin oder der Konsument für den Kredit zu bezahlen hat.</p>
V. Effektiver Jahreszins	<p><b>Art. 18</b></p> <p>Der effektive Jahreszins drückt die Gesamtkosten des Kredits für die Konsumentin oder den Konsumenten in Jahresprozenten des gewährten Kredits aus.</p>
<b>B. Geltungsbereich</b>	<b>Art. 19</b>
I. Ausschluss	<p><sup>1</sup> Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten nicht für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Kreditverträge oder Kreditversprechen, die direkt oder indirekt grundpfandgesichert sind;</li> <li>b. Kreditverträge oder Kreditversprechen, die durch hinterlegte bankübliche Sicherheiten oder durch ausreichende Vermögenswerte, welche die Konsumentin oder der Konsument bei der Kreditgeberin hält, gedeckt sind;</li> <li>c. Kredite, die zins- und gebührenfrei gewährt oder zur Verfügung gestellt werden;</li> <li>d. Kreditverträge, nach denen keine Zinsen in Rechnung gestellt werden, sofern die Konsumentin oder der Konsument sich bereit erklärt, den Kredit auf einmal zurückzuzahlen;</li> <li>e. Verträge über Kredite von weniger als 500 Franken oder mehr als 80 000 Franken;</li> <li>f. Kreditverträge, nach denen die Konsumentin oder der Konsument den Kredit entweder innert höchstens drei Monaten oder in nicht mehr als vier Raten innert höchstens zwölf Monaten zurückzahlen muss;</li> <li>g. Verträge über die fortgesetzte Erbringung von Dienstleistungen oder Leistungen von Versorgungsbetrieben, nach denen die Konsumentin oder der Konsument berechtigt ist, während der Dauer der Erbringung Teilzahlungen zu leisten.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Der Bundesrat kann die Beträge gemäss Absatz 1 lit. e den veränderten Verhältnissen anpassen.</p>
II. Einschränkung	<p><b>Art. 20</b></p> <p><sup>1</sup> Leasingverträge im Sinne von Art. 14 Abs. 2 lit. a unterstehen nur den Art. 21–22, 25, 27–29, 30 Abs. 3, 31 Abs. 2 und 3, 32–34, 39, 42, 44–48, 50 und 51.</p> <p><sup>2</sup> Konti für Kredit- und Kundenkarten mit Kreditooption sowie Überziehungskredite auf laufendem Konto unterstehen nur den Art. 22, 23, 26–29, 30 Abs. 1 und 2, 31 Abs. 1 und 3, 32–34, 40, 43–48, 50 und 51.</p>

## C. Widerrufsrecht

### Art. 21

<sup>1</sup> Bei Konsumkreditverträgen steht dem Konsumenten ein Widerrufsrecht zu. Kein Widerrufsrecht besteht im Falle von Art. 26 Abs. 4.

<sup>2</sup> Die Widerrufsfrist beginnt zu laufen, sobald die Konsumentin oder der Konsument eine Kopie des Vertrags erhalten hat.

<sup>3</sup> Ist das Darlehen bereits vor dem Widerruf des Vertrags ausbezahlt worden, so gilt Art. 29 Abs. 2 und 3. Im Falle eines Abzahlungskaufs, einer auf Kredit beanspruchten Dienstleistung oder eines Leasingvertrags gilt Art. 8 dieses Gesetzes.

<sup>4</sup> Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Modalitäten und Folgen des Widerrufs.

## D. Form

### Art. 22

Konsumkreditverträge sind schriftlich abzuschliessen; die Konsumentin oder der Konsument erhält eine Kopie des Vertrages.

## E. Informationspflicht

### Art. 23

Die Kreditgeberin hat den Konsumenten schriftlich zu informieren über:

#### I. Barkredite

- a. den Nettobetrag des Kredits;
- b. den effektiven Jahreszins oder, wenn dies nicht möglich ist, den Jahreszins und die bei Vertragsschluss in Rechnung gestellten Kosten;
- c. die Bedingungen, unter denen der Zinssatz und die Kosten nach lit. b geändert werden können;
- d. die Elemente der Gesamtkosten des Kredits, die für die Berechnung des effektiven Jahreszinses nicht berücksichtigt worden sind (Art. 47), mit Ausnahme der bei Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen entstehenden Kosten; ist der genaue Betrag dieser Kostenelemente bekannt, so ist er anzugeben; andernfalls ist, soweit möglich, entweder eine Berechnungsmethode oder eine realistische Schätzung aufzuführen;
- e. die allfällige Höchstgrenze des Kreditbetrags;
- f. die Rückzahlungsmodalitäten, insbesondere den Betrag, die Anzahl und die zeitlichen Abstände oder den Zeitpunkt der Zahlungen, welche die Konsumentin oder der Konsument zur Tilgung des Kredits und zur Entrichtung der Zinsen und sonstigen Kosten vornehmen muss, sowie, wenn möglich, den Gesamtbetrag dieser Zahlungen;
- g. dass die Konsumentin oder der Konsument bei vorzeitiger Rückzahlung Anspruch auf Erlass der Zinsen und auf eine angemessene Ermässigung der Kosten hat, die auf die nicht beanspruchte Kreditdauer entfallen;
- h. das Widerrufsrecht und die Widerrufsfrist (Art. 21);
- i. die allfällig verlangten Sicherheiten;
- j. den pfändbaren Teil des Einkommens, der der Kreditfähigkeitsprüfung zu Grunde gelegt worden ist (Art. 41 Abs. 2 und 3); Einzelheiten können in einem vom Konsumkreditvertrag getrennten Schriftstück festgehalten werden; dieses bildet einen integrierenden Bestandteil des Vertrags.

II. Verträge zur Finanzierung des Erwerbs von Waren oder Dienstleistungen

**Art. 24**

Dient der Kreditvertrag der Finanzierung des Erwerbs von Waren oder Dienstleistungen, so hat die Kreditgeberin den Konsumenten auch über folgende Angaben schriftlich zu informieren:

- a. die Beschreibung der Waren oder Dienstleistungen;
- b. den Barzahlungspreis und den Preis, der im Rahmen des Kreditvertrags zu bezahlen ist;
- c. die Höhe der allfälligen Anzahlung, die Anzahl, die Höhe und die Fälligkeit der Teilzahlungen oder das Verfahren, nach dem diese Elemente bestimmt werden können, falls sie bei Vertragsschluss noch nicht bekannt sind;
- d. den Namen der Eigentümerin oder des Eigentümers der Waren, falls das Eigentum daran nicht unmittelbar auf die Konsumentin oder den Konsumenten übergeht, und die Bedingungen, unter denen die Ware in das Eigentum der Konsumentin oder des Konsumenten übergeht;
- e. den Hinweis auf die allfällig verlangte Versicherung und, falls die Wahl des Versicherers nicht der Konsumentin oder dem Konsumenten überlassen ist, die Versicherungskosten.

III. Leasingverträge

**Art. 25**

Die Kreditgeberin hat den Konsumenten schriftlich zu informieren über:

- a. die Beschreibung der Leasing Sache und ihren Barkaufpreis im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses;
- b. die Anzahl, die Höhe und die Fälligkeit der Leasingraten;
- c. die Höhe einer allfälligen Kautions;
- d. den Hinweis auf die allfällig verlangte Versicherung und, falls die Wahl des Versicherers nicht dem Leasingnehmer überlassen ist, die Versicherungskosten;
- e. den effektiven Jahreszins;
- f. den Hinweis auf das Widerrufsrecht und die Widerrufsfrist;
- g. eine nach anerkannten Grundsätzen erstellte Tabelle, aus der hervorgeht, was der Leasingnehmer bei einer vorzeitigen Beendigung des Leasingvertrags zusätzlich zu den bereits entrichteten Leasingraten zu bezahlen hat und welchen Restwert die Leasing Sache zu diesem Zeitpunkt hat;
- h. die Elemente, die der Kreditfähigkeitsprüfung zu Grunde gelegt worden sind (Art. 41 Abs. 2); Einzelheiten können in einem vom Leasingvertrag getrennten Schriftstück festgehalten werden; dieses bildet einen integrierenden Bestandteil des Vertrags.

IV. Überziehungskredit auf laufendem Konto oder Kredit- und Kundenkartenkonto mit Kreditoption

**Art. 26**

<sup>1</sup> Die Kreditgeberin hat den Konsumenten schriftlich zu informieren über:

- a. die Höchstgrenze des Kreditbetrags;
- b. den Jahreszins und die bei Vertragsabschluss in Rechnung gestellten Kosten sowie die Bedingungen, unter denen diese geändert werden können;
- c. die Modalitäten einer Beendigung des Vertrags;

- d. die Elemente, die der Kreditfähigkeitsprüfung zu Grunde gelegt worden sind (Art. 43 Abs. 1); Einzelheiten können in einem vom Kredit- oder Kundenkartenvertrag getrennten Schriftstück festgehalten werden; dieses bildet einen integrierenden Bestandteil des Vertrags.

<sup>3</sup> Während der Vertragsdauer ist die Konsumentin oder der Konsument über jede Änderung des Jahreszinses oder der in Rechnung gestellten Kosten unverzüglich zu informieren; diese Information kann in Form eines Kontoauszugs erfolgen.

<sup>4</sup> Wird eine Kontoüberziehung stillschweigend akzeptiert und das Konto länger als drei Monate überzogen, so ist die Konsumentin oder der Konsument zu informieren über:

- a. den Jahreszins und die in Rechnung gestellten Kosten;
- b. alle diesbezüglichen Änderungen.

#### **F. Zustimmung des gesetzlichen Vertreters**

##### **Art. 27**

<sup>1</sup> Ist die Konsumentin oder der Konsument minderjährig, so bedarf der Konsumkreditvertrag zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Zustimmung der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters.

<sup>2</sup> Die Zustimmung ist spätestens abzugeben, wenn die Konsumentin oder der Konsument den Vertrag unterzeichnet.

#### **G. Höchstzinssatz**

##### **Art. 28**

Der Bundesrat legt den höchstens zulässigen Zinssatz nach Art. 23 lit. b fest. Er berücksichtigt dabei die von der Nationalbank ermittelten, für die Refinanzierung des Konsumkreditgeschäftes massgeblichen Zinssätze. Der Höchstzinssatz soll in der Regel 15 Prozent nicht überschreiten.

#### **H. Ungültigkeit**

##### **Art. 29**

<sup>1</sup> Die Nichteinhaltung der Art. 22–25, 26 Abs. 1, 2 und 4 lit. a, 27 und 28 bewirkt die Ungültigkeit des Konsumkreditvertrages.

<sup>2</sup> Die Konsumentin oder der Konsument hat die bereits empfangene oder beanspruchte Kreditsumme bis zum Ablauf der Kreditdauer zurückzuzahlen, schuldet aber weder Zinsen noch Kosten.

<sup>3</sup> Die Kreditsumme ist in gleich hohen Teilzahlungen zurückzuzahlen. Wenn der Vertrag keine längeren Zeitabstände vorsieht, liegen die Teilzahlungen jeweils einen Monat auseinander.

<sup>4</sup> Bei einem Leasingvertrag hat die Konsumentin oder der Konsument den ihr oder ihm überlassenen Gegenstand zurückzugeben und die Raten zu zahlen, die bis zu diesem Zeitpunkt geschuldet sind. Ein damit nicht abgedeckter Wertverlust geht zu Lasten der Leasinggeberin.

#### **I. Vorzeitige Rückzahlung**

##### **Art. 30**

<sup>1</sup> Die Konsumentin oder der Konsument kann die Pflichten aus dem Konsumkreditvertrag vorzeitig erfüllen.

<sup>2</sup> In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Erlass der Zinsen und auf eine angemessene Ermässigung der Kosten, die auf die nicht beanspruchte Kreditdauer entfallen.

<sup>3</sup> Der Leasingnehmer kann mit einer Frist von mindestens 30 Tagen auf Ende einer dreimonatigen Leasingdauer kündigen. Der Anspruch des Leasinggebers auf Entschädigung richtet sich nach der Tabelle gemäss Art. 25 lit. g.

#### **J. Verzug**

##### **Art. 31**

<sup>1</sup> Die Kreditgeberin kann vom Vertrag zurücktreten, wenn Teilzahlungen ausstehend sind, die mindestens 10 Prozent des Nettobetrags des Kredits beziehungsweise des Barzahlungspreises ausmachen.

<sup>2</sup> Der Leasinggeber kann vom Vertrag zurücktreten, wenn Teilzahlungen ausstehend sind, die mehr als drei monatlich geschuldete Leasingraten ausmachen.

<sup>3</sup> Der Verzugszins darf den für den Konsumkredit oder Leasingvertrag vereinbarten Zinssatz (Art. 23 lit. b) nicht übersteigen.

#### **K. Einreden**

##### **Art. 32**

Die Konsumentin oder der Konsument hat das unabdingbare Recht, die Einreden aus dem Konsumkreditvertrag gegenüber jedem Abtretungsgläubiger geltend zu machen.

#### **L. Zahlung und Sicherheit in Form von Wechseln**

##### **Art. 33**

<sup>1</sup> Die Kreditgeberin darf weder Zahlungen in Form von Wechseln, einschliesslich Eigenwechseln, noch Sicherheiten in Form von Wechseln, einschliesslich Eigenwechseln und Checks, annehmen.

<sup>2</sup> Ist ein Wechsel oder ein Check entgegen Absatz 1 angenommen worden, so kann ihn die Konsumentin oder der Konsument jederzeit von der Kreditgeberin zurückverlangen.

<sup>3</sup> Die Kreditgeberin haftet für den Schaden, welcher der Konsumentin oder dem Konsumenten aus der Begebung des Wechsels oder Checks entstanden ist.

#### **M. Mangelhafte Erfüllung des Erwerbsvertrags**

##### **Art. 34**

Wer im Hinblick auf den Erwerb von Waren oder Dienstleistungen einen Konsumkreditvertrag mit einer anderen Person als dem Lieferanten abschliesst, kann gegenüber der Kreditgeberin alle Rechte geltend machen, die ihm gegenüber dem Lieferanten zustehen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- a. Zwischen der Kreditgeberin und dem Lieferanten besteht eine Abmachung, wonach Kredite an Kunden dieses Lieferanten ausschliesslich von der Kreditgeberin gewährt werden.
- b. Die Konsumentin oder der Konsument erhält den Kredit im Rahmen dieser Abmachung.
- c. Die unter den Konsumkreditvertrag fallenden Waren oder Dienstleistungen werden nicht oder nur teilweise geliefert oder entsprechen nicht dem Liefervertrag.
- d. Die Konsumentin oder der Konsument hat die Rechte gegenüber dem Lieferanten erfolglos geltend gemacht.
- e. Der Betrag des betreffenden Einzelgeschäfts liegt über 500 Franken.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann den Betrag gemäss Absatz 1 Buchstabe e den veränderten Verhältnissen anpassen.



## **N. Kreditfähigkeit**

### **Art. 35**

#### **I. Grundsatz**

Die Kreditfähigkeitsprüfung bezweckt die Vermeidung einer Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten infolge eines Konsumkreditvertrages.

#### **II. Informationsstelle für Konsumkredit**

### **Art. 36**

<sup>1</sup> Die Kreditgeberinnen gründen eine Informationsstelle für Konsumkredit (Informationsstelle). Diese gemeinsame Einrichtung bearbeitet die Daten, die im Rahmen der Art. 38–40 anfallen.

<sup>2</sup> Die Statuten der Informationsstelle müssen vom zuständigen Departement genehmigt werden. Sie regeln insbesondere:

- a. die Verantwortung für die Datenbearbeitung;
- b. die Kategorien der zu erfassenden Daten sowie deren Aufbewahrungsdauer, Archivierung und Löschung;
- c. die Zugriffs- und Bearbeitungsberechtigungen;
- d. die Zusammenarbeit mit beteiligten Dritten;
- e. die Datensicherheit.

<sup>3</sup> Die Informationsstelle gilt als Bundesorgan im Sinne von Art. 3 lit. h des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz. Der Bundesrat erlässt die Vollzugsbestimmungen.

<sup>4</sup> Vorbehältlich der Zuständigkeit gemäss Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz untersteht die Informationsstelle der Aufsicht des Departements.

<sup>5</sup> Der Bundesrat kann den Kreditgeberinnen eine Frist setzen, binnen der die gemeinsame Einrichtung errichtet sein muss. Kommt die Gründung der gemeinsamen Einrichtung nicht zu Stande oder wird diese später aufgelöst, so richtet der Bundesrat die Informationsstelle ein.

#### **III. Datenzugang**

### **Art. 37**

<sup>1</sup> Zugang zu den von der Informationsstelle gesammelten Daten haben ausschliesslich die diesem Gesetz unterstellten Kreditgeberinnen, soweit sie die Daten zur Erfüllung ihrer Pflichten nach diesem Gesetz benötigen.

<sup>2</sup> Im Einzelfall haben auch die von den Kantonen bezeichneten und unterstützten Institutionen der Schuldensanierung Zugang, sofern der Schuldner zustimmt.

#### **IV. Meldepflicht**

### **Art. 38**

<sup>1</sup> Die Kreditgeberin muss der Informationsstelle den von ihr gewährten Konsumkredit melden.

<sup>2</sup> Sie muss der Informationsstelle auch melden, wenn Teilzahlungen ausstehend sind, die mindestens 10 Prozent des Nettobetrags des Kredits beziehungsweise des Barzahlungspreises ausmachen (Art. 31 Abs. 1).

<sup>3</sup> Die Informationsstelle bestimmt in ihren Statuten oder einem darauf gestützten Reglement das Nähere zu Inhalt, Form und Zeitpunkt der Meldung.

V. Meldepflicht bei  
Leasing

**Art. 39**

<sup>1</sup> Bei einem Leasingvertrag meldet die Kreditgeberin der Informationsstelle:

- a. die Höhe der Leasingverpflichtung;
- b. die Vertragsdauer;
- c. die monatlichen Leasingraten.

<sup>2</sup> Sie muss der Informationsstelle auch melden, wenn drei Leasingraten ausstehen.

VI. Meldepflicht bei  
Kredit- und Kundenkartenkonti

**Art. 40**

<sup>1</sup> Hat die Konsumentin oder der Konsument dreimal hintereinander von der Kreditoption Gebrauch gemacht, so ist der ausstehende Betrag der Informationsstelle zu melden. Keine Pflicht zur Meldung besteht, wenn der ausstehende Betrag unter 3000 Franken liegt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die in Absatz 1 genannte Meldelimit von 3000 Franken mittels Verordnung periodisch der Entwicklung des schweizerischen Indexes der Konsumentenpreise anzupassen.

VII. Prüfung der Kreditfähigkeit

**Art. 41**

<sup>1</sup> Die Kreditgeberin muss vor Vertragsabschluss nach Art. 44 die Kreditfähigkeit der Konsumentin oder des Konsumenten prüfen.

<sup>2</sup> Die Konsumentin oder der Konsument gilt dann als kreditfähig, wenn sie oder er den Konsumkredit zurückzahlen kann, ohne den nicht pfändbaren Teil des Einkommens nach Art. 93 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 11. April 1896 über Schuldbetreibung und Konkurs beanspruchen zu müssen.

<sup>3</sup> Der pfändbare Teil des Einkommens wird nach den Richtlinien über die Berechnung des Existenzminimums des Wohnsitzkantons der Konsumentin oder des Konsumenten ermittelt. Bei der Ermittlung zu berücksichtigen sind in jedem Fall:

- a. der tatsächlich geschuldete Mietzins;
- b. die nach Quellensteuertabelle geschuldeten Steuern;
- c. Verpflichtungen, die bei der Informationsstelle gemeldet sind.

<sup>4</sup> Bei der Beurteilung der Kreditfähigkeit muss von einer Amortisation des Konsumkredits innerhalb von 36 Monaten ausgegangen werden, selbst wenn vertraglich eine längere Laufzeit vereinbart worden ist. Dies gilt auch für frühere Konsumkredite, soweit diese noch nicht zurückbezahlt worden sind.

VIII. Prüfung der Kreditfähigkeit des  
Leasingnehmers

**Art. 42**

<sup>1</sup> Der Leasinggeber muss vor Vertragsabschluss die Kreditfähigkeit des Leasingnehmers prüfen.

<sup>2</sup> Die Kreditfähigkeit ist zu bejahen, wenn der Leasingnehmer die Leasingraten ohne Beanspruchung des nicht pfändbaren Teils des Einkommens nach Art. 41 Absätze 2 und 3 finanzieren kann oder wenn Vermögenswerte, die dem Leasingnehmer gehören, die Zahlung der Leasingraten sicherstellen.

IX. Prüfung der Kreditfähigkeit bei Kredit- und Kundenkartenkonti

**Art. 43**

<sup>1</sup> Räumt die Kreditgeberin oder das Kreditkartenunternehmen im Rahmen eines Kredit- oder Kundenkartenkontos mit Kreditoption oder eines Überziehungskredits auf laufendem Konto eine Kreditlimite ein, so prüfen sie zuvor summarisch die Kreditfähigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers. Sie stützen sich dabei auf deren oder dessen Angaben über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse. Die Kreditlimite muss den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Konsumentin oder des Konsumenten Rechnung tragen. Dabei sind die bei der Informationsstelle vermeldeten Konsumkredite zu berücksichtigen.

<sup>2</sup> Die Kreditfähigkeitsprüfung nach Absatz 1 ist zu wiederholen, wenn der Kreditgeber oder das Kreditkartenunternehmen über Informationen verfügt, wonach sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Konsumentin oder des Konsumenten verschlechtert haben.

X. Bedeutung der Angaben der Konsumentin oder des Konsumenten

**Art. 44**

<sup>1</sup> Die Kreditgeberin darf sich auf die Angaben der Konsumentin oder des Konsumenten zu den finanziellen Verhältnissen (Art. 41 Abs. 2 und 3) oder zu den wirtschaftlichen Verhältnissen (Art. 42 Abs. 2 und 43 Abs. 1) verlassen.

<sup>2</sup> Vorbehalten bleiben Angaben, die offensichtlich unrichtig sind oder denjenigen der Informationsstelle widersprechen.

<sup>3</sup> Zweifelt die Kreditgeberin an der Richtigkeit der Angaben der Konsumentin oder des Konsumenten, so muss sie deren Richtigkeit anhand einschlägiger amtlicher oder privater Dokumente wie des Auszugs aus dem Betreibungsregister oder eines Lohnausweises überprüfen.

XI. Sanktion

**Art. 45**

<sup>1</sup> Verstösst die Kreditgeberin in schwerwiegender Weise gegen die Art. 41, 42 oder 43, so verliert sie die von ihr gewährte Kreditsumme samt Zinsen und Kosten. Die Konsumentin oder der Konsument kann bereits erbrachte Leistungen nach den Regeln über die ungerechtfertigte Bereicherung zurückfordern. Konsumkredit.

<sup>2</sup> Verstösst die Kreditgeberin gegen Art. 38, 39 oder 40 Absatz 1 oder in geringfügiger Weise gegen die Art. 41, 42 oder 43, so verliert sie nur die Zinsen und die Kosten.

O. Berechnung des effektiven Jahreszinses

**Art. 46**

<sup>1</sup> Der effektive Jahreszins ist beim Abschluss des Konsumkreditvertrags nach der im Anhang 1 aufgeführten mathematischen Formel zu berechnen.

<sup>2</sup> Die Berechnung beruht auf der Annahme, dass der Kreditvertrag für die vereinbarte Dauer gültig bleibt und dass die Parteien ihren Verpflichtungen zu den vereinbarten Terminen nachkommen.

<sup>3</sup> Lässt der Kreditvertrag eine Anpassung der Zinsen oder anderer Kosten zu, die in die Berechnung einzubeziehen sind, jedoch zu deren Zeitpunkt nicht beziffert werden können, so beruht die Berechnung auf der Annahme, dass der ursprüngliche Zinssatz und die ur-

I. Zeitpunkt und Berechnungsmethode

sprünglichen anderen Kosten bis zum Ende des Kreditvertrags unverändert bleiben.

<sup>4</sup> Bei Leasingverträgen wird der effektive Jahreszins auf der Grundlage des Barkaufspreises der Leasingssache bei Vertragsabschluss (Kalkulationsbasis) und bei Vertragsende (Restwert) sowie der einzelnen Tilgungszahlungen (Leasingraten) berechnet.

## II. Massgebende Kosten

### Art. 47

<sup>1</sup> Für die Berechnung des effektiven Jahreszinses sind die Gesamtkosten des Kredits für die Konsumentin oder den Konsumenten im Sinne von Art. 17, einschliesslich des Kaufpreises, massgebend.

<sup>2</sup> Nicht zu berücksichtigen sind:

- a. die Kosten, welche die Konsumentin oder der Konsument bei Nichterfüllung einer im Vertrag aufgeführten Verpflichtung bezahlen muss;
- b. die Kosten, welche die Konsumentin oder der Konsument durch den Erwerb von Waren oder Dienstleistungen unabhängig davon zu tragen hat, ob es sich um ein Bar- oder um ein Kreditgeschäft handelt;
- c. die Mitgliederbeiträge für Vereine oder Gruppen, die aus anderen als den im Kreditvertrag vereinbarten Gründen entstehen.

<sup>3</sup> Die Überweisungskosten sowie Kosten für die Führung eines Kontos, das für die Kreditrückzahlung sowie für die Zahlung der Zinsen oder anderer Kosten dienen soll, sind nur dann zu berücksichtigen, wenn die Konsumentin oder der Konsument nicht über eine angemessene Wahlfreiheit in diesem Bereich verfügt und sie ungewöhnlich hoch sind. In die Berechnung einzubeziehen sind jedoch die Inkassokosten dieser Rückzahlungen oder Zahlungen, unabhängig davon, ob sie in bar oder in anderer Weise erhoben werden.

<sup>4</sup> Die Kosten für Versicherungen und Sicherheiten sind so weit zu berücksichtigen, als sie:

- a. die Kreditgeberin für die Kreditgewährung zwingend vorschreibt; und
- b. der Kreditgeberin bei Tod, Invalidität, Krankheit oder Arbeitslosigkeit der Konsumentin oder des Konsumenten die Rückzahlung eines Betrags sicherstellen sollen, der gleich hoch oder geringer ist als der Gesamtbetrag des Kredits, einschliesslich Zinsen und anderer Kosten.

## P. Kreditvermittlung

### Art. 48

<sup>1</sup> Die Konsumentin oder der Konsument schuldet der Kreditvermittlerin für die Vermittlung eines Konsumkredits keine Entschädigung.

<sup>2</sup> Die Aufwendungen der Kreditgeberin für die Kreditvermittlung bilden Teil der Gesamtkosten (Art. 17 und 47 Abs. 1); sie dürfen dem Konsumenten oder der Konsumentin nicht gesondert in Rechnung gestellt werden.

## Q. Werbung

### Art. 49

Die Werbung für Konsumkredite richtet sich nach dem Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb.

**R. Zwingendes Recht    Art. 50**

Von den Bestimmungen dieses Abschnitts darf nicht zuungunsten der Konsumentin oder des Konsumenten abgewichen werden.

**S. Zuständigkeiten    Art. 51**

I. Verhältnis zum kantonalen Recht    Der Bund regelt die Konsumkreditverträge abschliessend.

**II. Bewilligungspflicht    Art. 52**

<sup>1</sup> Die Kantone müssen die Gewährung und die Vermittlung von Konsumkrediten einer Bewilligungspflicht unterstellen.

<sup>2</sup> Zuständig für die Erteilung der Bewilligung ist der Kanton, in dem die Kreditgeberin oder die Kreditvermittlerin ihren Sitz hat. Hat die Kreditgeberin oder die Kreditvermittlerin ihren Sitz nicht in der Schweiz, so ist der Kanton für die Erteilung der Bewilligung zuständig, auf dessen Gebiet die Kreditgeberin oder die Kreditvermittlerin hauptsächlich tätig zu werden gedenkt. Die von einem Kanton erteilte Bewilligung gilt für die ganze Schweiz.

<sup>3</sup> Keine Bewilligung nach Absatz 2 ist erforderlich, wenn die Kreditgeberin oder die Kreditvermittlerin:

- a. dem Bankengesetz vom 8. November 1934 untersteht;
- b. Konsumkredite zur Finanzierung des Erwerbs ihrer Waren oder der Beanspruchung ihrer Dienstleistungen gewährt oder vermittelt.

**III. Bewilligungsvoraussetzungen**

**Art. 53**

<sup>1</sup> Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn der Gesuchsteller:

- a. zuverlässig ist und in geordneten Vermögensverhältnissen lebt;
- b. die allgemeinen kaufmännischen und fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzt, die zur Ausübung der Tätigkeit erforderlich sind;
- c. über eine ausreichende Berufshaftpflichtversicherung verfügt.

<sup>2</sup> Gesellschaften und juristischen Personen wird die Bewilligung nur erteilt, wenn alle Mitglieder der Geschäftsleitung die in Abs. 1 lit. b erwähnten Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt in einer Verordnung das Nähere zu den Bewilligungsvoraussetzungen nach Absatz 2.

**Vierter Abschnitt:  
Ehe- oder Partnerschaftsvermittlungsverträge**

**Art. 54**

<sup>1</sup> Durch den Ehe- oder Partnerschaftsvermittlungsvertrag verpflichtet sich der Vermittler, dem Konsumenten gegen eine Vergütung Personen für die Ehe oder für eine feste Partnerschaft zu vermitteln.

**A. Begriff**

<sup>2</sup> Auf die Ehe- oder Partnerschaftsvermittlungsverträge sind die Vorschriften über den einfachen Auftrag (Art. 394 ff. OR) ergänzend anwendbar.

**B. Vermittlung von  
oder an Personen  
aus dem Ausland**

**Art. 55**

<sup>1</sup> Reist die zu vermittelnde Person aus dem Ausland ein oder reist sie ins Ausland aus, so hat ihr der Vermittler die Kosten der Rückreise zu

- I. Kosten der Rückreise  
<sup>2</sup> vergüten, wenn diese innert sechs Monaten seit der Einreise erfolgt.  
<sup>2</sup> Der Anspruch der zu vermittelnden Person gegen den Vermittler geht mit allen Rechten auf das Gemeinwesen über, wenn dieses für die Rückreisekosten aufgekommen ist.  
<sup>3</sup> Der Vermittler kann vom Konsumenten nur im Rahmen des im Vertrag vorgesehenen Höchstbetrags Ersatz für die Rückreisekosten verlangen.
- II. Bewilligungspflicht **Art. 56**  
<sup>1</sup> Die berufsmässige Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung von Personen oder an Personen aus dem Ausland bedarf der Bewilligung einer vom kantonalen Recht bezeichneten Stelle und untersteht deren Aufsicht.  
<sup>2</sup> Der Bundesrat erlässt die Ausführungsvorschriften und regelt namentlich:  
 a. die Voraussetzungen und die Dauer der Bewilligung;  
 b. die Sanktionen, die bei Zuwiderhandlungen gegen den Vermittler verhängt werden;  
 c. die Pflicht des Vermittlers, die Kosten für die Rückreise der zu vermittelnden Personen sicherzustellen.
- C. Form **Art. 57**  
 Der Ehe- oder Partnerschaftsvermittlungsvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form.
- D. Informationspflicht **Art. 58**  
 Der Vermittler hat den Konsumenten schriftlich zu informieren über:  
 a. seine Identität und Adresse;  
 b. die Anzahl und die Art der Leistungen, zu denen sich der Vermittler verpflichtet, sowie die Höhe der Vergütung und der Kosten, die mit jeder Leistung verbunden sind, namentlich die Einschreibegebühr;  
 c. den Höchstbetrag der Entschädigung, die der Konsument dem Vermittler schuldet, wenn dieser bei der Vermittlung von oder an Personen aus dem Ausland die Kosten für die Rückreise getragen hat (Art. 55);  
 d. die Zahlungsbedingungen;  
 e. das Widerrufsrecht und die Widerrufsfrist;  
 f. das Verbot für den Vermittler, vor Ablauf der Widerrufsfrist von 14 Tagen eine Zahlung entgegenzunehmen;  
 g. das Recht des Konsumenten, den Vertrag jederzeit entschädigungslos zu kündigen, unter Vorbehalt der Schadenersatzpflicht wegen Kündigung zur Unzeit.
- Art. 59**  
 Der Vermittler informiert den Konsumenten vor der Vertragsunterzeichnung und während der Vertragsdauer über besondere Schwierigkeiten, die im Hinblick auf die persönlichen Verhältnisse des Konsumenten bei der Vertragserfüllung auftreten können.

## **E. Widerrufsrecht**

### **Art. 60**

<sup>1</sup> Bei Ehe- oder Partnerschaftsvermittlungsverträgen steht dem Konsumenten ein Widerrufsrecht zu.

<sup>2</sup> Vor Ablauf der Widerrufsfrist von 14 Tagen darf der Vermittler vom Konsumenten keine Zahlung entgegennehmen.

<sup>3</sup> Der Widerruf und die Kündigung bedürfen der Schriftform.

<sup>4</sup> Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Modalitäten und Folgen des Widerrufs.

## **F. Datenschutz**

### **Art. 61**

Bei der Bearbeitung der Personendaten des Konsumenten ist der Vermittler zur Geheimhaltung verpflichtet; die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz bleiben vorbehalten.

## **G. Herabsetzung**

### **Art. 62**

Sind unverhältnismässig hohe Vergütungen oder Kosten vereinbart worden, so kann sie das Gericht auf Antrag des Konsumenten auf einen angemessenen Betrag herabsetzen.

## **Fünfter Abschnitt: Pauschalreiseverträge**

### **Art. 63**

<sup>1</sup> Als Pauschalreise gilt die im Voraus festgelegte Verbindung von mindestens zwei der folgenden Dienstleistungen, wenn diese Verbindung zu einem Gesamtpreis angeboten wird und länger als 24 Stunden dauert oder eine Übernachtung einschliesst:

### **A. Begriffe**

#### **I. Pauschalreise**

- a. Beförderung;
- b. Unterbringung;
- c. andere touristische Dienstleistungen, die nicht Nebenleistungen von Beförderung oder Unterbringung sind und einen beträchtlichen Teil der Gesamtleistung ausmachen.

<sup>2</sup> Die Bestimmungen dieses Abschnitts sind auch anwendbar, wenn im Rahmen derselben Pauschalreise einzelne Leistungen getrennt berechnet werden.

#### **II. Veranstalter, Vermittler und Konsument**

### **Art. 64**

<sup>1</sup> Als Veranstalter oder Veranstalterin (Veranstalter) gilt jede Person, die Pauschalreisen nicht nur gelegentlich organisiert und diese direkt oder über einen Vermittler anbietet.

<sup>2</sup> Als Vermittler oder Vermittlerin (Vermittler) gilt die Person, welche die vom Veranstalter zusammengestellte Pauschalreise anbietet.

<sup>3</sup> Als Konsument oder Konsumentin (Konsument) im Sinne dieses Abschnitts gilt jede Person:

- a. welche eine Pauschalreise bucht oder zu buchen sich verpflichtet;
- b. in deren Namen oder zu deren Gunsten eine Pauschalreise gebucht oder eine Buchungsverpflichtung eingegangen wird;
- c. welcher die Pauschalreise nach Art. 80 abgetreten wird.

## B. Prospekte

### Art. 65

Veröffentlicht ein Veranstalter oder ein Vermittler einen Prospekt, so sind die darin enthaltenen Angaben für ihn verbindlich; sie können nur geändert werden:

- a. durch spätere Parteivereinbarung;
- b. wenn der Prospekt ausdrücklich auf die Änderungsmöglichkeit hinweist und die Änderung dem Konsumenten vor Vertragsschluss klar mitgeteilt wird.

## C. Informationspflicht

### I. Im Allgemeinen

### Art. 66

<sup>1</sup> Der Veranstalter oder der Vermittler hat den Konsumenten schriftlich oder in einer anderen geeigneten Form zu informieren über:

- a. den Namen und die Adresse des Veranstalters und des allfälligen Vermittlers;
- b. das Datum, die Uhrzeit und den Ort von Beginn und Ende der Reise;
- c. die Sonderwünsche des Konsumenten, die vom Veranstalter oder vom Vermittler akzeptiert wurden;
- d. ob für das Zustandekommen der Pauschalreise eine Mindestteilnehmerzahl erforderlich ist, und, gegebenenfalls, wann spätestens dem Konsumenten eine Annullierung der Reise mitgeteilt wird;
- e. den Preis der Pauschalreise sowie den Zeitplan und die Modalitäten für dessen Zahlung;
- f. die Frist, innert welcher der Konsument allfällige Beanstandungen wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung des Vertrags erheben muss;
- g. den Namen und die Adresse des allfälligen Versicherers.

<sup>2</sup> Je nach Art der vereinbarten Leistungen hat der Veranstalter oder der Vermittler den Konsumenten auch zu informieren über:

- a. den Bestimmungsort und, wenn mehrere Aufenthalte vorgesehen sind, deren Dauer und Termine;
- b. die Reiseroute;
- c. die Transportmittel, ihre Merkmale und Klasse;
- d. die Anzahl der Mahlzeiten, die im Preis der Pauschalreise inbegriffen sind;
- e. die Lage, die Kategorie oder den Komfort und die Hauptmerkmale der Unterbringung sowie deren Zulassung und touristische Einstufung gemäss den Vorschriften des Gaststaates;
- f. die Besuche, die Ausflüge und die sonstigen Leistungen, die im Preis der Pauschalreise inbegriffen sind;
- g. die Voraussetzungen einer allfälligen Preiserhöhung nach Art. 70;
- h. allfällige Abgaben für bestimmte Leistungen, wie Landegebühren, Ein- oder Ausschiffsgebühren in Häfen und entsprechende Gebühren auf Flughäfen und Aufenthaltsgebühren, die nicht im Preis der Pauschalreise inbegriffen sind.



## II. Vor Vertragsschluss

### Art. 67

<sup>1</sup> Der Veranstalter oder der Vermittler hat den Konsumenten vor Vertragsschluss über alle Vertragsbedingungen schriftlich zu informieren.

<sup>2</sup> Die Vertragsbedingungen können dem Konsumenten auch in einer anderen geeigneten Form vermittelt werden, vorausgesetzt, dass sie ihm vor Vertragsschluss schriftlich bestätigt werden. Die Pflicht zur schriftlichen Bestätigung fällt dahin, wenn ihre Erfüllung eine Buchung oder einen Vertragsschluss verunmöglichen würde.

<sup>3</sup> Soweit dies für die Pauschalreise von Bedeutung ist, hat der Veranstalter oder der Vermittler den Konsumenten vor Vertragsschluss schriftlich oder in einer anderen geeigneten Form allgemein zu informieren:

- a. über die für Staatsangehörige der Staaten der EG und der EFTA geltenden Pass- und Visumserfordernisse, insbesondere über die Fristen für die Erlangung dieser Dokumente;
- b. über gesundheitspolizeiliche Formalitäten, die für die Reise und den Aufenthalt erforderlich sind.

<sup>4</sup> Staatsangehörige anderer Staaten haben Anspruch auf die Informationen nach Abs. 3 lit. a, wenn sie diese unverzüglich verlangen.

## III. Vor Reisebeginn

### Art. 68

Der Veranstalter oder der Vermittler hat den Konsumenten rechtzeitig vor dem Abreisetermin schriftlich oder in einer anderen geeigneten Form zu informieren über:

- a. Uhrzeiten und Orte von Zwischenstationen und Anschlussverbindungen;
- b. den vom Reisenden einzunehmenden Platz;
- c. Name, Adresse und Telefonnummer der örtlichen Vertretung des Veranstalters oder des Vermittlers oder, wenn eine solche Vertretung fehlt, der örtlichen Stellen, welche dem Konsumenten bei Schwierigkeiten Hilfe leisten können; fehlen auch solche Stellen, so sind dem Konsumenten auf jeden Fall eine Notrufnummer oder sonstige Angaben mitzuteilen, mit deren Hilfe er mit dem Veranstalter oder dem Vermittler Verbindung aufnehmen kann;
- d. bei Auslandsreisen und -aufenthalten einer minderjährigen Person Angaben darüber, wie eine unmittelbare Verbindung zu dieser Person oder den an ihrem Aufenthaltsort Verantwortlichen hergestellt werden kann;
- e. Angaben über den möglichen Abschluss einer Reiserücktrittsversicherung oder einer Versicherung zur Deckung der Rückführungskosten bei Unfall oder Krankheit.

## D. Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen

### Art. 69

Bei Vertragsschluss über Fernkommunikationsmittel steht dem Konsumenten das Widerrufsrecht nach Art. 10 dieses Gesetzes zu.

Bezüglich der Modalitäten und Folgen des Widerrufs gelten die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes.

## **E. Preiserhöhungen**

### **Art. 70**

Eine Erhöhung des vertraglich festgelegten Preises ist nur zulässig, wenn:

- a. der Vertrag diese Möglichkeit ausdrücklich vorsieht und genaue Angaben zur Berechnung des neuen Preises enthält;
- b. sie mindestens drei Wochen vor dem Abreisetermin erfolgt; und
- c. sie mit einem Anstieg der Beförderungskosten, einschliesslich der Treibstoffkosten, einer Zunahme der Abgaben für bestimmte Leistungen, wie Landegebühren, Ein- oder Ausschiffungsgebühren in Häfen und entsprechende Gebühren auf Flughäfen, oder mit einer Änderung der für die Pauschalreise geltenden Wechselkurse begründet ist.

## **F. Wesentliche Vertragsänderungen**

### **Art. 71**

#### **I. Begriff**

<sup>1</sup> Als wesentliche Vertragsänderung gilt jede erhebliche Änderung eines wesentlichen Vertragspunktes, welche der Veranstalter vor dem Abreisetermin vornimmt.

<sup>2</sup> Eine Preiserhöhung von mehr als zehn Prozent gilt als wesentliche Vertragsänderung.

#### **II. Mitteilungspflicht**

### **Art. 72**

Der Veranstalter teilt dem Konsumenten so bald wie möglich jede wesentliche Vertragsänderung mit und gibt deren Auswirkung auf den Preis an.

#### **III. Konsumentenrechte**

### **Art. 73**

<sup>1</sup> Der Konsument kann eine wesentliche Vertragsänderung annehmen oder ohne Entschädigung vom Vertrag zurücktreten.

<sup>2</sup> Er teilt den Rücktritt vom Vertrag dem Veranstalter oder dem Vermittler so bald wie möglich mit.

<sup>3</sup> Tritt der Konsument vom Vertrag zurück, so hat er Anspruch:

- a. auf Teilnahme an einer anderen gleichwertigen oder höherwertigen Pauschalreise, wenn der Veranstalter oder der Vermittler ihm eine solche anbieten kann;
- b. auf Teilnahme an einer anderen minderwertigen Pauschalreise sowie auf Rückerstattung des Preisunterschieds; oder
- c. auf schnellstmögliche Rückerstattung aller von ihm bezahlten Beträge.

<sup>4</sup> Vorbehalten bleibt der Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Vertrages.

## **G. Annullierung der Pauschalreise**

### **Art. 74**

<sup>1</sup> Annulliert der Veranstalter die Reise vor dem Abreisetermin aus einem nicht vom Konsumenten zu vertretenden Umstand, so stehen diesem die Ansprüche nach Art. 73 zu.

<sup>2</sup> Der Konsument hat jedoch keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Vertrages:

- a. wenn die Annullierung erfolgt, weil die Anzahl der Personen, welche die Pauschalreise gebucht haben, nicht die geforderte Mindestteilnehmerzahl erreicht hat, der Konsument auf die ge-

- forderte Mindestteilnehmerzahl vor Vertragsschluss informiert wurde und die Annullierung dem Konsumenten innert der im Vertrag angegebenen Frist schriftlich mitgeteilt wurde, oder
- b. wenn die Annullierung auf höhere Gewalt zurückzuführen ist. Überbuchung gilt nicht als höhere Gewalt.

## **H. Nichterfüllung und nicht gehörige Erfüllung des Vertrages**

### **I. Beanstandung**

#### **Art. 75**

<sup>1</sup> Der Konsument muss jeden Mangel bei der Erfüllung des Vertrages, den er an Ort und Stelle feststellt, so bald wie möglich schriftlich oder in einer anderen geeigneten Form gegenüber dem betreffenden Dienstleistungsträger sowie gegenüber dem Veranstalter oder dem Vermittler beanstanden.

<sup>2</sup> Im Fall einer Beanstandung bemüht sich der Veranstalter, der Vermittler oder seine örtliche Vertretung nach Kräften um geeignete Lösungen.

### **II. Ersatzmassnahmen**

#### **Art. 76**

<sup>1</sup> Wird nach der Abreise ein erheblicher Teil der vereinbarten Leistungen nicht erbracht oder stellt der Veranstalter fest, dass er einen erheblichen Teil der vorgesehenen Leistungen nicht erbringen kann, so hat er:

- a. angemessene Vorkehrungen zu treffen, damit die Pauschalreise weiter durchgeführt werden kann;
- b. den dem Konsumenten daraus entstandenen Schaden zu ersetzen; die Höhe des Schadenersatzes entspricht dem Unterschied zwischen dem Preis der vorgesehenen und jenem der erbrachten Dienstleistungen.

<sup>2</sup> Können diese Vorkehrungen nicht getroffen werden oder lehnt sie der Konsument aus wichtigen Gründen ab, so hat der Veranstalter für eine gleichwertige Beförderungsmöglichkeit zu sorgen, mit welcher der Konsument zum Ort der Abreise zurückkehren oder an einen anderen mit ihm vereinbarten Ort reisen kann. Ausserdem hat er den dem Konsumenten daraus entstandenen Schaden zu ersetzen.

<sup>3</sup> Die Massnahmen dieses Artikels begründen keinen Preisaufschlag.

### **III. Haftung**

#### **1. Grundsatz**

#### **Art. 77**

<sup>1</sup> Der Veranstalter oder der Vermittler, der Vertragspartei ist, haftet dem Konsumenten für die gehörige Vertragserfüllung unabhängig davon, ob er selbst oder andere Dienstleistungsträger die vertraglichen Leistungen zu erbringen haben.

<sup>2</sup> Der Veranstalter und der Vermittler können gegen andere Dienstleistungsträger Rückgriff nehmen.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleiben die in internationalen Übereinkommen vorgesehenen Beschränkungen der Entschädigung bei Schäden aus Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung des Vertrages.

#### **2. Ausnahmen**

#### **Art. 78**

<sup>1</sup> Der Veranstalter oder der Vermittler haftet dem Konsumenten nicht, wenn die Nichterfüllung oder die nicht gehörige Erfüllung des Vertrages zurückzuführen ist:

- a. auf Versäumnisse des Konsumenten;

- b. auf unvorhersehbare oder nicht abwendbare Versäumnisse Dritter, die an der Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistungen nicht beteiligt sind;
- c. auf höhere Gewalt oder auf ein Ereignis, welches der Veranstalter, der Vermittler oder der Dienstleistungsträger trotz aller gebotenen Sorgfalt nicht vorhersehen oder abwenden konnte.

<sup>2</sup> In den Fällen nach Abs. 1 lit. b und c muss sich der Veranstalter darum bemühen, dem Konsumenten bei Schwierigkeiten Hilfe zu leisten.

### 3. Beschränkung und Wegbedingung der Haftung

#### **Art. 79**

<sup>1</sup> Die Haftung für Personenschäden, die aus der Nichterfüllung oder der nicht gehörigen Erfüllung des Vertrages entstehen, kann vertraglich nicht beschränkt werden.

<sup>2</sup> Für andere Schäden kann die Haftung vertraglich auf das Zweifache des Preises der Pauschalreise beschränkt werden, ausser bei absichtlich oder grobfahrlässig zugefügten Schäden.

### I. Abtretung der Buchung der Pauschalreise

#### **Art. 80**

<sup>1</sup> Ist der Konsument daran gehindert, die Pauschalreise anzutreten, so kann er die Reise an eine andere Person abtreten, die alle an die Teilnahme geknüpften Bedingungen erfüllt, wenn er zuvor den Veranstalter oder den Vermittler innert angemessener Frist vor dem Abreisetermin darüber informiert.

<sup>2</sup> Diese Person und der Konsument haften dem Veranstalter oder dem Vermittler, der Vertragspartei ist, solidarisch für die Zahlung des Preises sowie für die gegebenenfalls durch diese Abtretung entstehenden Mehrkosten.

### J. Sicherstellung

#### **Art. 81**

<sup>1</sup> Der Veranstalter oder der Vermittler, der Vertragspartei ist, muss für den Fall der Zahlungsunfähigkeit oder des Konkurses die Erstattung bezahlter Beträge und die Rückreise des Konsumenten sicherstellen.

<sup>2</sup> Auf Verlangen des Konsumenten muss er die Sicherstellung nachweisen. Erbringt er diesen Nachweis nicht, so kann der Konsument vom Vertrag zurücktreten.

<sup>3</sup> Der Rücktritt muss dem Veranstalter oder dem Vermittler vor dem Abreisetermin schriftlich mitgeteilt werden.

### K. Zwingendes Recht

#### **Art. 82**

Von den Bestimmungen dieses Abschnitts kann zuungunsten des Konsumenten nur dort abgewichen werden, wo dies ausdrücklich vorgesehen ist.

## Sechster Abschnitt: Produkthaftung

### **Art. 83**

<sup>1</sup> Die herstellende Person (Herstellerin) haftet für den Schaden, wenn ein fehlerhaftes Produkt dazu führt, dass:

#### A. Grundsatz

- a. eine Person getötet oder verletzt wird;
- b. eine Sache beschädigt oder zerstört wird, die nach ihrer Art gewöhnlich zum privaten Gebrauch oder Verbrauch bestimmt

und vom Geschädigten hauptsächlich privat verwendet worden ist.

<sup>2</sup> Die Herstellerin haftet nicht für den Schaden am fehlerhaften Produkt.

## **B. Begriffe**

### **I. Herstellerin**

#### **Art. 84**

<sup>1</sup> Als Herstellerin im Sinne dieses Abschnitts gilt:

- a. die Person, die das Endprodukt, einen Grundstoff oder ein Teilprodukt hergestellt hat;
- b. jede Person, die sich als Herstellerin ausgibt, indem sie ihren Namen, ihr Warenzeichen oder ein anderes Erkennungszeichen auf dem Produkt anbringt;
- c. jede Person, die ein Produkt zum Zweck des Verkaufs, der Vermietung, des Mietkaufs oder einer andern Form des Vertriebs im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeit einführt; dabei bleiben abweichende Bestimmungen in völkerrechtlichen Verträgen vorbehalten.

<sup>2</sup> Kann die Herstellerin des Produkts nicht festgestellt werden, so gilt jede Person als Herstellerin, welche das Produkt geliefert hat, sofern sie dem Geschädigten nach einer entsprechenden Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Frist die Herstellerin oder die Person nennt, die ihr das Produkt geliefert hat.

<sup>3</sup> Absatz 2 gilt auch für Produkte, bei denen nicht festgestellt werden kann, wer sie eingeführt hat, selbst wenn der Name der Herstellerin angegeben ist.

### **II. Produkt**

#### **Art. 85**

Als Produkte im Sinne dieses Abschnitts gelten:

- a. jede bewegliche Sache, auch wenn sie einen Teil einer anderen beweglichen Sache oder einer unbeweglichen Sache bildet, und
- b. Elektrizität.

### **III. Fehler**

#### **Art. 86**

<sup>1</sup> Ein Produkt ist fehlerhaft, wenn es nicht die Sicherheit bietet, die man unter Berücksichtigung aller Umstände zu erwarten berechtigt ist; insbesondere sind zu berücksichtigen:

- a. die Art und Weise, in der es dem Publikum präsentiert wird;
- b. der Gebrauch, mit dem vernünftigerweise gerechnet werden kann;
- c. der Zeitpunkt, in dem es in Verkehr gebracht wurde.

<sup>2</sup> Ein Produkt ist nicht allein deshalb fehlerhaft, weil später ein verbessertes Produkt in Verkehr gebracht wurde.

## **C. Ausnahmen von der Haftung**

#### **Art. 87**

<sup>1</sup> Die Herstellerin haftet nicht, wenn sie beweist, dass:

- a. sie das Produkt nicht in Verkehr gebracht hat;
- b. nach den Umständen davon auszugehen ist, dass der Fehler, der den Schaden verursacht hat, noch nicht vorlag, als sie das Produkt in Verkehr brachte;
- c. sie das Produkt weder für den Verkauf oder eine andere Form des Vertriebs mit wirtschaftlichem Zweck hergestellt noch im

Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit hergestellt oder vertrieben hat;

d. der Fehler darauf zurückzuführen ist, dass das Produkt verbindlichen, hoheitlich erlassenen Vorschriften entspricht;

e. der Fehler nach dem Stand der Wissenschaft und Technik im Zeitpunkt, in dem das Produkt in Verkehr gebracht wurde, nicht erkannt werden konnte.

<sup>2</sup> Die Ausnahme von der Haftung nach Abs. 1 lit. e gilt nicht für tierische Organe, Gewebe oder Zellen oder daraus hergestellte Transplantatprodukte, die zur Transplantation auf den Menschen bestimmt sind.

<sup>3</sup> Die Herstellerin eines Grundstoffs oder eines Teilprodukts haftet ferner nicht, wenn sie beweist, dass der Fehler durch die Konstruktion des Produkts, in das der Grundstoff oder das Teilprodukt eingearbeitet wurde, oder durch die Anleitungen der Herstellerin dieses Produkts verursacht worden ist.

**D. Selbstbehalt bei  
Sachschäden**

**Art. 88**

<sup>1</sup> Der Geschädigte muss Sachschäden bis zur Höhe von 900 Franken selber tragen.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann den Betrag gemäss Abs. 1 den veränderten Verhältnissen anpassen.

**E. Solidarhaftung**

**Art. 89**

Sind für den Schaden, der durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht worden ist, mehrere Personen ersatzpflichtig, so haften sie solidarisch.

**F. Wegbedingung  
der Haftung**

**Art. 90**

Vereinbarungen, welche die Haftpflicht nach den Bestimmungen dieses Abschnitts gegenüber dem Geschädigten beschränken oder wegbedingen, sind nichtig.

**G. Verjährung und  
Verwirkung**

**Art. 91**

Ansprüche nach den Bestimmungen dieses Abschnitts verjähren drei Jahre nach dem Tag, an dem der Geschädigte Kenntnis vom Schaden, dem Fehler und von der Person der Herstellerin erlangt hat oder hätte erlangen müssen.

**I. Verjährung**

**II. Verwirkung**

**Art. 92**

<sup>1</sup> Ansprüche nach den Bestimmungen dieses Abschnitts verirken zehn Jahre nach dem Tag, an dem die Herstellerin das Produkt, das den Schaden verursacht hat, in Verkehr gebracht hat.

<sup>2</sup> Die Verwirkungsfrist gilt als gewahrt, wenn gegen die Herstellerin binnen zehn Jahren geklagt wird.

**H. Verhältnis zu  
anderen Bestim-  
mungen des eid-  
genössischen oder  
kantonalen Rechts**

**Art. 93**

<sup>1</sup> Schadenersatzansprüche aufgrund des Obligationenrechts oder anderer Bestimmungen des eidgenössischen oder des kantonalen öffentlichen Rechts bleiben dem Geschädigten gewahrt.

<sup>2</sup>Die Bestimmungen dieses Abschnitts sind nicht anwendbar auf Schäden infolge eines nuklearen Zwischenfalls. Abweichende Bestimmungen in völkerrechtlichen Verträgen sind vorbehalten.

**I. Übergangs-  
bestimmung**

**Art. 94**

Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten nur für Produkte, die nach dem 1. Januar 1994 in Verkehr gebracht wurden.

## **Anhang 2**

### **«Muster-Liquidationsnormen»**



## «Muster-Liquidationsnormen»

Auszug aus dem im Rahmen des SNF-Projekts «Schweizerisches Obligationenrecht und Europäisches Vertragsrecht» erarbeiteten Muster\*

[...] Abschnitt:  
Die Entsehung  
aus Liquidation

### Art. u

<sup>1</sup> Erweist sich ein Vertrag als ungültig oder entfallen seine Wirkungen aus einem anderen Grund, ist er zu liquidieren, wenn und soweit Vertrag oder Gesetz dies vorsehen.

#### A. Grundsatz

<sup>2</sup> Vereinbarungen, die sich auf die Streitbeilegung beziehen oder das Verhältnis der Parteien bei oder nach der Liquidation des Vertrages regeln, bleiben gültig.

#### B. Zeitpunkt

### Art. v

Der Zeitpunkt, ab dem das Rechtsverhältnis zu liquidieren ist, bestimmt sich nach der Natur des Vertrages, dem Grund der Liquidation oder dem Grad der Erfüllung.

#### C. Rückerstattung

### Art. w

<sup>1</sup> Bereits erbrachte Leistungen sind zurückzuerstatten.

##### I. Art

<sup>2</sup> Ist eine Rückerstattung in natura unmöglich oder unangemessen, ist Wertersatz geschuldet.

##### II. Bemessung des Wertersatzes

### Art. x

<sup>1</sup> Der Wertersatz bemisst sich nach dem Willen der Parteien im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.

<sup>2</sup> Gründet die Liquidation in der Wertbemessung der Leistung, entspricht der Wertersatz dem Marktwert.

<sup>3</sup> Bei mangelhafter Leistung ist der Wertersatz verhältnismässig herabzusetzen.

##### III. Gebrauch, Verzinsung und Aufwendungen für Erhaltung der Leistung

### Art. y

<sup>1</sup> Für den Gebrauch einer Sachleistung schuldet die zur Rückerstattung in natura verpflichtete Partei der anderen eine angemessene Entschädigung.

<sup>2</sup> Zu erstattende Geldleistungen sind ab Zahlung zu verzinsen.

<sup>3</sup> Die zur Rückerstattung verpflichtete Partei kann von der anderen Ersatz der Aufwendungen verlangen, die für die Erhaltung der zurückzuerstattenden Leistung notwendig oder nützlich waren.

---

\* Erscheint im Frühjahr 2013, Schulthess Verlag.

IV. Aufwendungen im Hinblick auf die Erfüllung

**Art. z**

Hat eine Partei den Grund für die Liquidation des Vertrages zu vertreten, muss sie der anderen die Aufwendungen ersetzen, die diese im Hinblick auf die Erfüllung des Vertrages getätigt hat, sofern die Umstände dies rechtfertigen.